

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien

9. Sitzung
8. Juni 2022

Beginn: 09.37 Uhr
Schluss: 12.38 Uhr
Vorsitz: Derya Çağlar (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatskanzlei

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Derya Çağlar: Wir kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung (vorgezogen)

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Vorstellung der neuen Senior*innenvertretung
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0011](#)
EnBuMe

Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörende begrüße ich ganz herzlich Herrn Erwin Bender, Vorsitzender der Landes-seniorenvertretung Berlin und Frau Eveline Lämmer, Vorsitzende des Landesseniorenbeirats Berlin. Ihnen allen ein herzliches Willkommen! Schön, dass Sie da sind! – Ich stelle fest, dass auch Sie mit den Liveübertragungen und den Bild- und Tonaufnahmen der Presse einverstanden sind. – Ich sehe Nicken. Seitens der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales ist Frau Rieck Moncayo anwesend. – Schön, dass Sie da sind! Ich gehe davon aus, dass wir in dem Ausschuss ein Wortprotokoll wünschen. – Ich sehe Nicken. Begründung des Besprechungsbedarfs durch eine antragstellende Fraktion ist gegeben. – Herr Schulz von der SPD-Fraktion, Sie haben das Wort!

Mathias Schulz (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Guten Morgen auch von mir! Die Seniorenvertretungen sind ein wichtiges Bindeglied zwischen den Bezirksämtern und den Seniorinnen und Senioren unserer Stadt. 17 ständige Mitglieder in diesem Gremium engagieren sich in jedem Bezirk für selbstbestimmtes Leben und organisieren Veranstaltungen, gehen in Einrichtungen und sind Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und Verstärkung für viele Anliegen aus der Bürgerinnen- und Bürgerschaft. In Treptow-Köpenick, wo auch meine Kollegin Dunja Wolff die Engagementsprecherin ist, engagieren sie sich zum Beispiel in ganz herausragender Weise in elf Kiezclubs. Hier kommen Menschen generationsübergreifend zusammen, interkulturell, und gestalten gemeinsame Angebote wie Kunst, Bildung, Information und im Bereich Sport. Das ist aus unserer Sicht, für die SPD und auch für die Koalition, ein großartiges Beispiel für gelebte Teilhabe und bestärkt darin, dass die Arbeit der Seniorenvertretung die Lebensqualität nicht nur für Seniorinnen und Senioren, sondern auch für alle anderen Bevölkerungsgruppen verbessert. Das ist ein ganz positives Beispiel, das wir hier hervorheben wollen.

Nun wurden die Seniorenvertretungen in den Bezirken im ersten Quartal 2022 neu gewählt und auch für die Dauer von fünf Jahren durch die jeweiligen Bezirkssozialstadträtinnen und -stadträte ins Amt berufen. Am 3. Mai 2022 konstituierte sich auf Einladung der Staatssekretärin Wenke Christoph die Seniorenvertretung Berlin. Hier auch noch mal einen herzlichen Glückwunsch an die fünf Mitglieder der Seniorenvertretung, die hier benannt wurden. Wir bedanken uns sehr herzlich bei Ihnen, dass Sie heute zu uns gekommen sind und mit uns über Ihre Arbeit sprechen wollen. Wir freuen uns, dass Sie sich hier vorstellen und wissen auch, dass Sie Ihre Arbeit zwar gerade erst aufgenommen haben, aber vielleicht können Sie uns trotzdem schon sagen, welche Ziele und Schwerpunkte Sie sich für Ihre Arbeit in den nächsten Jahren vorgenommen haben und wo Sie sich möglicherweise auch mehr Unterstützung oder Gestaltungsoptionen als Seniorenvertretung im Land Berlin wünschen. Wir müssen natürlich auch einbeziehen, dass in einigen Bezirken die Wahlbeteiligung etwas niedriger war als im Jahr 2017, was natürlich sehr schade ist, weil die Seniorenvertretung ein wichtiges Gremium in der Stadt ist. Wir haben 2016 das Seniorenmitwirkungsgesetz novelliert, und die

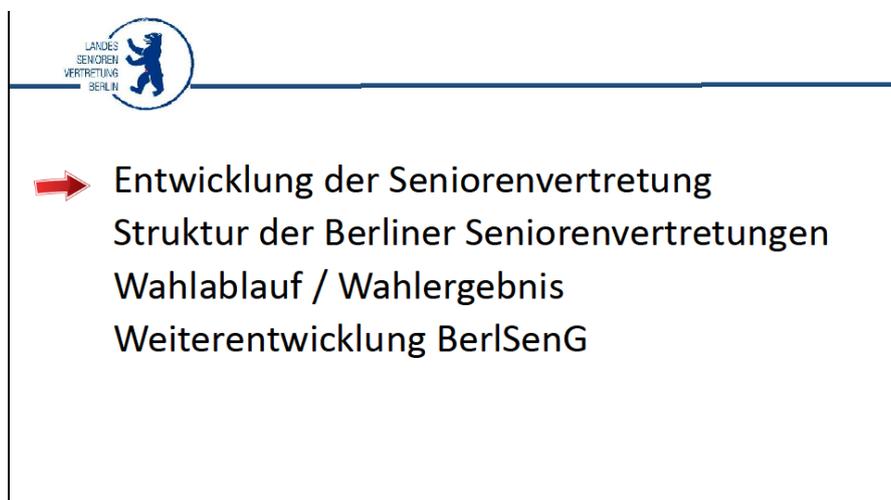
Koalition hat diesen Besprechungspunkt angemeldet, um zu überprüfen, wie wirkungsvoll das Gesetz ist und möglicherweise auch, welche Potenziale ungenutzt geblieben sind aus diesem Gesetz. Deswegen hat uns der Evaluationsbericht aus dem letzten Jahr gezeigt, dass in puncto Sichtbarkeit, Diversität, Transparenz und Struktur möglicherweise auch noch Handlungs- und Verbesserungsbedarf besteht. Vielleicht kann dazu diese Anhörung heute einen Beitrag leisten, wie wir hier noch an ein paar Punkten das Gesetz weiterdiskutieren können. Deswegen bedanke ich mich, dass Sie da sind und freue mich auf die Besprechung.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Herr Bender! Frau Lämmer! Haben Sie sich abgesprochen, wer beginnt? – Herr Bender mit der Power-Point-Präsentation? – Herr Bender, Sie haben das Wort!

Erwin Bender (Vorsitzender Landesseniorenvertretung Berlin – LSV –): Vielen Dank, dass ich heute hier sein und ein paar Dinge zur Seniorenmitwirkung sagen darf!



Auch wenn ich davon ausgehen kann, dass die Anwesenden eine klare Vorstellung von der Seniorenmitwirkung haben, möchte ich kurz etwas zur Entwicklung und Struktur der Seniorenmitwirkung darlegen, bevor ich etwas zu den Ergebnissen und der Wahl und darüber hinaus zur Evaluierung des Gesetzes sagen möchte.



Frau Lämmer wird anschließend die Ziele und Schwerpunkte der nächsten fünf Jahre vorstellen. Wir haben uns davor abgestimmt.



Seniorenmitwirkung – ein langer Weg

1977 Vorarlberg (Österreich) Einrichtung eines Landes-Seniorenbeirats
1998 Bundes-Seniorengesetz für Österreich
2006 das Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz ist das erste seiner Art in Deutschland novelliert 2011 und 2016
Zwischenzeitlich haben drei weitere Bundesländer
Hamburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern
ein Seniorenmitwirkungsgesetz in Kraft gesetzt.
Bisher kein Gesetz auf Bundesebene ☹

3

Es besteht wohl Einigkeit, dass das Vorbild Österreich der Impuls für eine deutsche Initiative für ein Seniorenmitwirkungsgesetz war. Auch wenn wir noch kein Bundesgesetz aufweisen können, haben zwischenzeitlich vier Bundesländer ein Seniorenmitwirkungsgesetz.

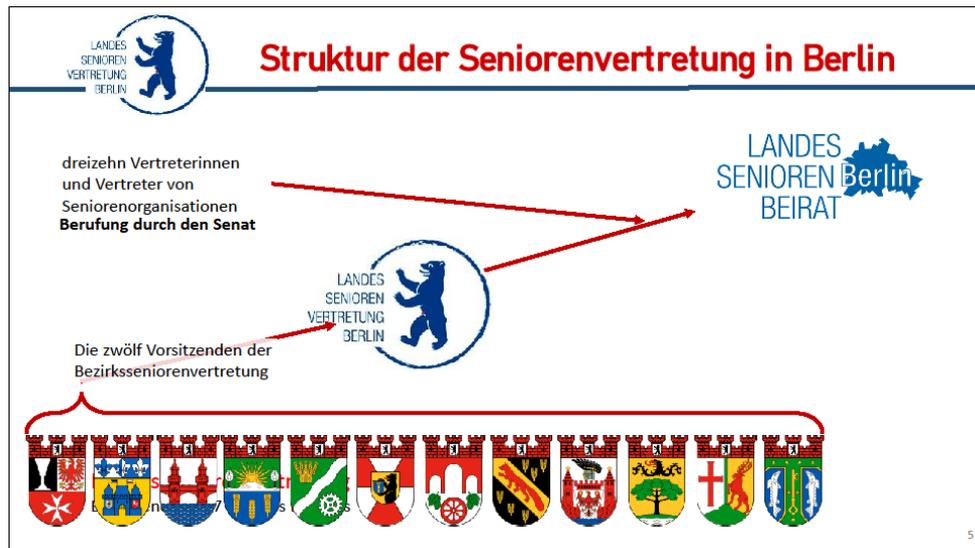


Entwicklung der Seniorenvertretung

➔ Struktur der Berliner Seniorenvertretungen
Wahlablauf / Wahlergebnis
Weiterentwicklung BerlSenG

4

Wie läuft das ab? – 17 engagierte Seniorinnen und Senioren bilden die bezirkliche Seniorenvertretung, bringen Lebenserfahrung, bezirkliche Kompetenz und im Idealfall die gewünschte Diversität mit ein. Das Gleiche geschieht natürlich auch in den restlichen Berliner Bezirken.



Die Vorsitzenden dieser bezirklichen Seniorenvertretungen bilden die Landesseniorenvertretung. Erweitert um die Kompetenz von 13 Vertreterinnen und Vertretern von Seniorenorganisationen, welche die Gesamtheit der gesellschaftlichen Gruppierungen im Seniorenbereich widerspiegeln sollen, wird das dann zum Landesseniorenbeirat. Neben den zwölf gewählten Seniorenvertretern der Bezirke besteht der LSBB somit aus weiteren 13 durch die Senatorin Kipping berufenen Vertreterinnen und Vertreter dieser hier gezeigten Organisationen.

Anzumerken wäre hier vielleicht noch, dass seit der Novellierung im Juli 2016 die geradezu groteske Situation entstanden ist, dass der amtierende Landesseniorenbeirat sich der Senatorin selbst für die nächste Amtsperiode vorschlägt und sie diesem Vorschlag grundsätzlich auch folgt.



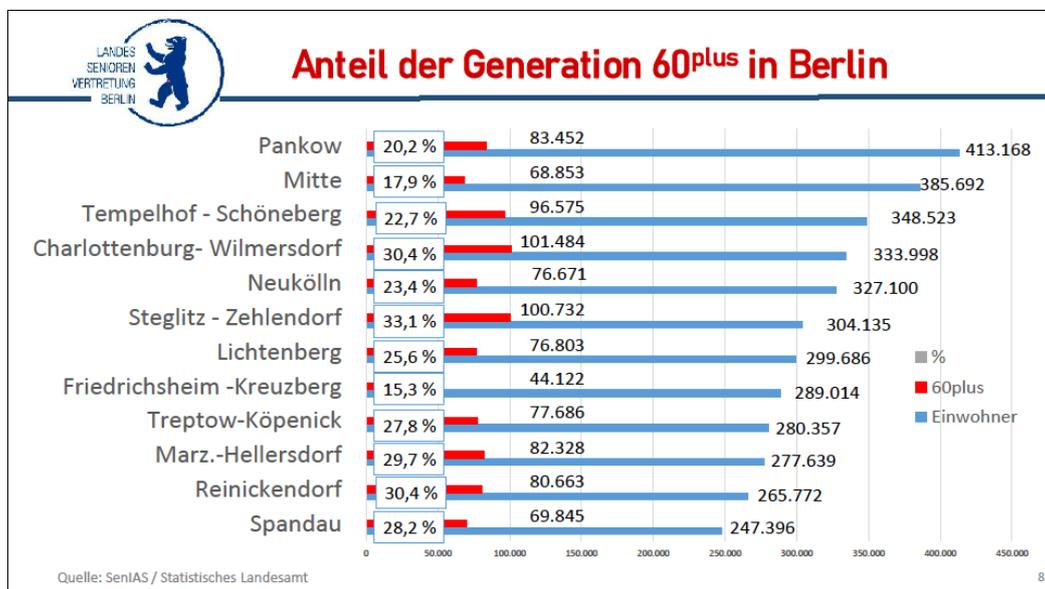
Zum Wahlablauf: Fast eine Million Menschen in der Generation 60 Plus leben in Berlin ganz unterschiedlich in den Bezirken, von 22,7 Prozent in Tempelhof-Schöneberg bis über 33 Prozent in Zehlendorf.



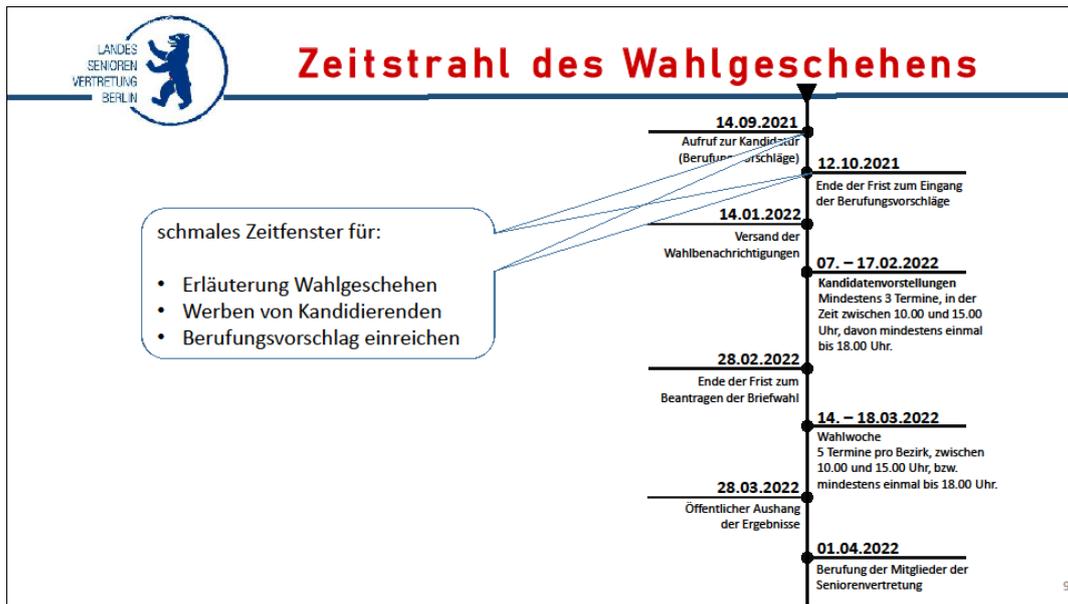
Entwicklung der Seniorenvertretung
Struktur der Berliner Seniorenvertretungen
 → **Wahlablauf / Wahlergebnis**
Weiterentwicklung BerlSenG

7

Kommen wir zunächst zu den Problemen beim Wahlvorgang: Das geradezu absurde schmale Zeitfenster von 28 Tagen, nämlich zwischen dem 14. September und dem 12. Oktober, war der Zeitraum, in dem den Seniorinnen und Senioren klargemacht werden musste: Es sind wieder fünf Jahre vorbei. Es ist wieder eine Seniorenwahl. – Die Zeit musste reichen für das Werben von Kandidatinnen und Kandidaten, und in diesem Zeitraum mussten die Berufungsvorschläge auch noch beim zuständigen Wahlamt eingegangen sein. Das brachte echte Probleme und zu wenig geeignete Kandidatinnen und Kandidaten.



Darüber hinaus wurden gesetzliche Vorgaben teilweise nicht umgesetzt. Gut gemeinte Hinweise der SenIAS wurden nicht immer befolgt, und beispielsweise wurden die gesetzlich vorgeschriebenen Vorstellungstermine in sieben von zwölf Bezirken schlicht nicht durchgeführt.



Kommen wir zur Wahlbeteiligung: Die Wahlbeteiligung ging im Vergleich zur Wahl 2017 von 5,56 Prozent leicht zurück auf 5,03 Prozent. Es steht die Frage im Raum: Warum beteiligen sich so wenig Seniorinnen und Senioren an den Wahlen? – Ein erster wichtiger Grund ist die Unkenntnis der Wahlberechtigten. Viele der Generation 60 Plus wissen bis heute nicht, dass es Seniorenvertretungen auf Ebene der Bezirke und des Landes gibt. Trotz mannigfacher Anstrengungen, die Wahlen bekanntzumachen, haben viele Wahlberechtigte nichts von der Wahl gewusst. Nicht wählen zu gehen, ist für Ältere eher untypisch. Sie stellen bei anderen Wahlen regelmäßig die Altersgruppe, die die höchste Wahlbeteiligung aufweist. Wenn Sie von diesem Verhalten abweichen, wo es doch um eine Wahl geht, die ihre besonderen Interessen berührt, muss man wohl Unkenntnis über die Wahl sowie über die Aufgaben der Seniorenvertretung vermuten. Hier besteht für uns alle deutlicher Handlungsbedarf.

LANDES SENIOREN VERTRETUNG BERLIN

Präsenzveranstaltungen 2022

Charlottenburg- Wilmersdorf
~~Friedrichsheim- Kreuzberg~~
~~Lichtenberg~~
Marz.-Hellersdorf
~~Mitte~~
Neukölln
~~Pankow~~
Reinickendorf
~~Spendau~~
~~Steglitz- Zehlendorf~~
Tempelhof - Schöneberg
~~Treptow- Köpenick~~

BerSenG § 4a Verfahren zur Wahl der Vorschlagslisten und Berufung der Mitglieder der bezirklichen Seniorenvertretungen

(2) Das Bezirksamt stellt in Absprache mit der amtierenden bezirklichen Seniorenvertretung mindestens drei Termine in barrierefreien bezirklichen Einrichtungen sicher, bei denen sich die Kandidatinnen und Kandidaten der Öffentlichkeit vorstellen können.

Quelle: SenIAS

10

Lediglich in Steglitz-Zehlendorf und auf einem etwas niedrigerem Niveau in Reinickendorf konnte die Wahlbeteiligung etwas gesteigert werden.

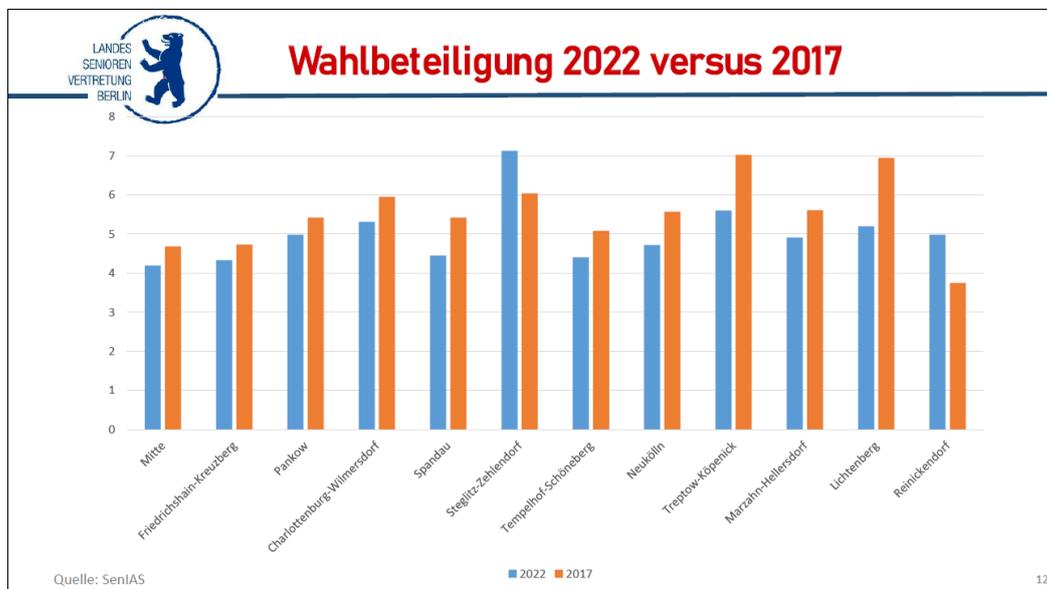


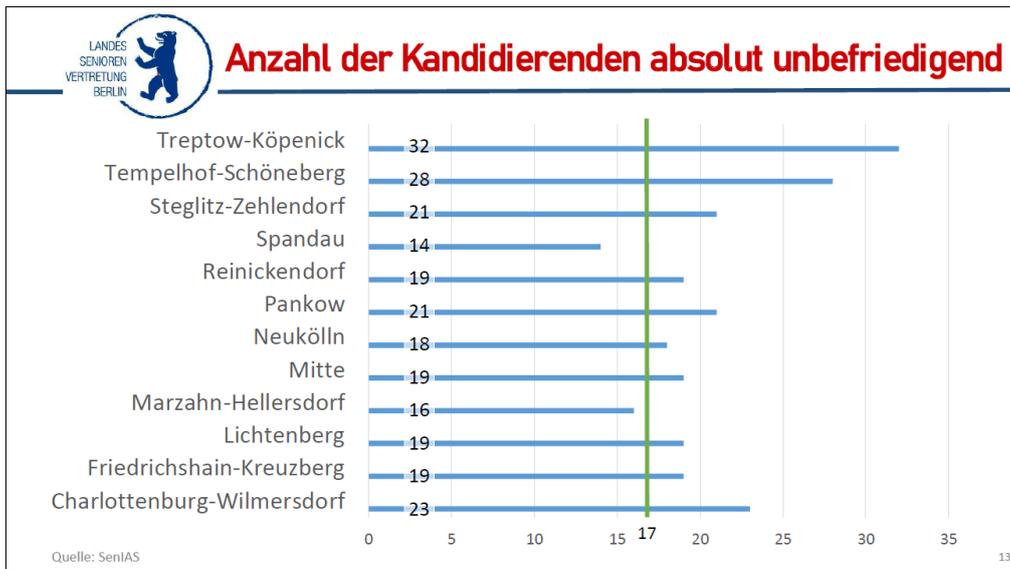
Wahlbeteiligung 2022

Bezirk	Wahlbeteiligung	Wahlbeteiligung absolut
Charlottenburg-Wilmersdorf	5.31%	5.388
Friedrichshain-Kreuzberg	4.33%	1.912
Lichtenberg	5.20%	3.997
Marzahn-Hellersdorf	4.91%	4.039
Mitte	4.19%	2.882
Neukölln	4.72%	3.620
Pankow	4.98%	4.153
Reinickendorf	4.98%	4.023
Spandau	4.48%	3.132
Steglitz-Zehlendorf	7.13%	7.185
Tempelhof-Schöneberg	4.41%	4.253
Treptow-Köpenick	5.60%	4.356
Gesamt	5.03%	48.949

Quelle: SenIAS

Überaus bedauerlich ist die Lage der Kandidierendenanzahl. In zwei Bezirken, Spandau und Marzahn-Hellersdorf, ist es nicht gelungen, die erforderliche Anzahl der gewählten Seniorinnen und Senioren innerhalb der vorgegebenen Frist zu benennen.





Wie geht es nun weiter mit der Seniorenmitwirkung? – Zunächst einmal fünf gute, ausführliche und richtungsweisende Ausarbeitungen zu diesem Thema: Vermutlich haben Sie sich mit dem einen oder anderen bereits auseinandergesetzt. Sollten Ihnen die hier aufgeführten Dokumente unbekannt sein, ab heute Nachmittag stehen sie auf der Seite Ü 60 der Landesseniorenvertretung und des Landesseniorenbeirats zum Herunterladen zur Verfügung.



Entwicklung der Seniorenvertretung
Struktur der Berliner Seniorenvertretungen
Wahlablauf / Wahlergebnis
➔ Weiterentwicklung BerlSenG

14

LANDES
SENIOREN
VERTRETUNG
BERLIN



Quo vadis Seniorenmitwirkung?



15

LANDES
SENIOREN
VERTRETUNG
BERLIN



Friedrich Ebert Stiftung
Gutachten zum Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz
29. November 2010

Peter Ottenberg
Bezirksverwaltungsrechtliche Aspekte einer Qualifizierung der
Teilhaber der Seniorenvertretung
31. Oktober 2017

Ramboll Management Consulting
Abschlussbericht der Evaluation
November 2021

Stellungnahme der LSV zum Abschlussbericht der Evaluation
23. Februar 2022

Peter Ottenberg
Änderungen seniorenmitwirkungsrechtlicher Vorschriften
27. April 2022

16

Zum Schluss noch beispielhaft drei Punkte, die einer Konkretisierung bzw. Anpassung bedürfen. Wie gesagt, die Dinge, die ich vorher gezeigt habe, die Dokumentationen, sind sehr viel ausführlicher.



„Problemfelder“ im BerlSenG

- **Antragsrecht / Rederecht**
Anpassen Bezirksverwaltungsgesetz
- **Mindeststandards Rahmenbedingungen für bezirkliche SV**
Büroausstattung, Durchführung Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit etc
- **Auslagenersatz**
Ausgrenzung Derjenigen, die sich das Ehrenamt nicht leisten können

17

Ich will nur drei herausgreifen: Um wirklich die Stimme der Generation 60 Plus sein zu können, muss sie auch gehört werden können, und das geht nur dann, wenn Sie ein verbindliches Rede- und Antragsrecht zumindest in den Ausschüssen der BVV, besser noch in der BVV selbst hat. Um sachlich und effektiv im Sinne der Seniorinnen und Senioren arbeiten zu können, braucht es einheitliche Mindeststandards in allen Bezirken. Jeder Bezirk macht im Moment noch sein eigenes Ding, obwohl das Gesetz an manchen Stellen doch sehr klar ist. Ehrenamt – heute der richtige Ausschuss für dieses Thema – ist immer mit Aufwand verbunden, mit zeitlichem Aufwand, aber auch mit finanziellem Aufwand. Daher sollte eine Aufwandsentschädigung für die Interessenvertretung der Generation 60 Plus eigentlich selbstverständlich sein. Niemand sollte ausgegrenzt sein, der sich dieses Ehrenamt schlicht finanziell nicht leisten kann. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Fragen



18

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Herr Bender! – Frau Lämmer! Möchten Sie direkt anschließen?

Eveline Lämmer (Vorsitzende Landesseniorenbeirat Berlin – LSBB –): Meine sehr verehrten Damen und Herren! – Danke für die Einladung! Ich vertrete hier den Landesseniorenbeirat. Er existiert auch im Seniorenmitwirkungsgesetz. Das Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz, am 22. Mai 2006 ist es beschlossen worden, wurde mit Wirkung vom 4. August 2016 geändert. Ich glaube, einige Väter und Mütter sitzen hier im Raum, die das Gesetz miterarbeitet und beschlossen hatten. Herr Bender hat noch mal deutlich gemacht, dass wir das Ergebnis der Seniorenwahlen nicht rechtfertigen. Wir sind nicht diejenigen, die es rechtfertigen. Wir meinen, dass es das Seniorenmitwirkungsgesetz gibt, das hier zurate zu ziehen ist.

Entsprechend dem Seniorenmitwirkungsgesetz berät der Landesseniorenbeirat das Abgeordnetenhaus und den Senat in seniorenpolitischen Fragen. Nach § 3 b haben die zuständigen Verwaltungen eine Unterstützungs- und Informationspflicht, und das ist auch ein Novum. Herr Bender sagte, dass einige Bundesländer auch ein Gesetz haben. Allerdings betrachten die Gesetze in den anderen Bundesländern es sehr oft als freiwillige Aufgabe und haben somit keine gesetzliche Durchgriffsmöglichkeit, außer in Hamburg. Die Stadt hat ein fortschrittliches Seniorengesetz. Allerdings hat Berlin auch eine Spezifik, wie so oft. Wir haben eine Struktur von drei Seniorenmitwirkungsgremien. Wir haben die bezirklichen Seniorenvertretungen, die Landeseniorenvertretung und den Landesseniorenbeirat. Sie können sich vorstellen, dass die Mitglieder dieser Gremien einen hohen Grad an ehrenamtlichem Engagement leisten und jetzt auch wieder für die nächsten fünf Jahre. Um es mal zu verdeutlichen: Ein Vorsitzender, eine Vorsitzende einer bezirklichen Seniorenvertretung, der gleichzeitig auch im Vorstand der Landeseniorenvertretung ist, gleichzeitig Mitglied im Landesseniorenbeirat und gleichzeitig eine Fachgruppe im Landesseniorenbeirat leitet, der oder die hat tatsächlich mehrere Funktionen, und das alles im Ehrenamt.

Herr Bender hat darauf verwiesen, wie sich der Landesseniorenbeirat strukturiert. Vielleicht zur Ergänzung: Wir haben in diesem Jahr eine kleine Veränderung in der Zusammensetzung der Organisationen. Neu im Landesseniorenbeirat ist der FUSS e. V. und der Humanistische Verband. Leider sind die Kirchen und die Gewerkschaften keine Mitglieder mehr. Das bedauern wir sehr. Wir werden im Landesseniorenbeirat auch Wege und Möglichkeiten finden, diese beiden zu integrieren. Dazu haben wir aktive Arbeitsgruppen, und in diesen Arbeitsgruppen brauchen wir die Kompetenz dieser Organisationen, die einen hohen Anteil von Seniorinnen und Senioren als Mitglieder haben.

Der LSBB hat sich am 18. Mai 2022 konstituiert und einen Vorstand gewählt. Der wiederum wird für die 19. Wahlperiode Arbeitsschwerpunkte erarbeiten, wobei der Landesseniorenbeirat der 18. Wahlperiode schon hervorragende Vorleistungen geschaffen hat. Wir werden am 20. Juli 2022 die Arbeitsschwerpunkte beschließen und uns gleichzeitig eine Geschäftsordnung geben und Fachsprecher benennen. Der LSBB betrachtet Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe, die in allen Senatsbereichen entsprechend des Gesetzes berücksichtigt werden muss. Es ist also nicht nur ausschließlich ein Anliegen der Sozialverwaltung. Deswegen finde ich es gut, dass wir heute über Seniorenpolitik in diesem Ausschuss sprechen können. Es geht uns um seniorengerechtes Wohnen, um Mobilität, um Gesundheits- und Pflegeangebote, um gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement. Wir thematisieren ebenso Armut im Alter, kulturelle Vielfalt und geschlechtliche Orientierung. Die Seniorenmitwirkungsgremien der 18. Wahlperiode haben seniorenpolitische Schwerpunkte in die Koalitionsverhandlungen eingebracht. Wir verweisen darauf, dass die Evaluation des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes abgeschlossen ist und die Erfahrungen, die aus diesem Prozess gezogen werden, nun in eine Novellierung des Gesetzes fließen sollten. Wir möchten diese Novellierung des Gesetzes noch in Ihrer Wahlperiode erreichen.

Eine weitere Forderung bezog sich auf die Umsetzung des Artikelgesetzes „Gutes Leben im Alter für Berlin“. Ziel des Gesetzes soll sein, dass § 71 SGB XII zur Pflichtaufgabe wird. Wir konnten zwar nicht nachvollziehen, dass die Altenhilfe in die Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung gekommen aus. Das war auch in der vorhergehenden Wahlperiode schon der Fall. Warum, weshalb können wir nicht nachvollziehen. Der Senat wird seine Gründe haben. Wir meinen aber, dass Altenhilfe mehr ist als

nur der Bereich Pflege. Allerdings sind wir natürlich gerne und immer bereit, mit jeder Senatsverwaltung sehr eng konstruktiv zusammenzuarbeiten. Wir haben in den vergangenen fünf Jahren mit der Senatsverwaltung für Gesundheit und Pflege auch eine sehr enge Zusammenarbeit praktiziert.

Mit gleicher Wertigkeit thematisierten wir die verbindliche Umsetzung der senienpolitischen Leitlinien durch die Verwaltung, den Aufbau einer notwendigen Verwaltungs- und Altenhilfeinfrastruktur und die finanzielle Absicherung der aktualisierten Maßnahmen. Im Prozess der Erarbeitung der Leitlinien ist noch mal deutlich geworden, wie wichtig es ist, dass hier alle Senatsverwaltungen integriert sind und mitgewirkt haben. Jetzt kommt es darauf an, diese Maßnahmen umzusetzen. Da gibt es Zeitschienen, die im Maßnahmenkatalog schon vorgegeben sind. Diese Zeiträume sind bei manchen Aufgaben wahre Herausforderungen. Wir konnten feststellen, dass alle unsere Forderungen – eine habe ich vielleicht nur erwähnt, dass wir natürlich die Prozesse der Digitalisierung fördern und unterstützen wollen – in die Koalitionsvereinbarung für den Zeitraum bis 2026 aufgenommen wurden, und das hat uns Mut gemacht. Gleichwohl wollen wir dafür sorgen, dass die nicht nur Papier bleiben. Ich bin heute hier, um Sie noch mal um Unterstützung zu bitten in Ihren Fraktionen. Wir wollen diese drei Schwerpunkte, mit der Digitalisierung vier, in dieser Wahlperiode für Berlin, für die Senioren Berlins, erreichen.

Wir haben im LSBB engagierte, ehrenamtlich aktive Mitglieder. Wir haben auch bekanntermaßen an der Ehrenamtsstrategie des Landes mitgearbeitet. Wir sind vertreten in vielen bezirklichen und auf Landesebene agierenden ehrenamtlichen Netzwerken. Wir sind da also sehr aktiv. Wir möchten gerne die Interessen mit Ihrer Unterstützung weiterhin gut vertreten für Ü 60, Ü 80 und Ü 100. Die Ü 100 werden auch immer mehr. Wir werden uns jetzt an alle Fraktionen wenden und um Gesprächstermine bitten, wo wir unsere drei oder vier Schwerpunkte noch mal erläutern wollen, und hoffen sehr, dass wir das alles in dieser Wahlperiode mit Ihnen gemeinsam auch schaffen. – Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Frau Lämmer! – Dann würde ich das Wort an die Staatssekretärin Frau Träsnea geben.

Staatssekretärin Ana-Maria Träsnea (SKzl): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrter Herr Bender! Sehr geehrte Frau Lämmer! Ich möchte mich ausdrücklich im Namen des Senats bedanken. Gratulation zu Ihrer Wahl und auch herzlichen Dank für Ihr Engagement, dass Sie einen Beitrag dazu leisten, dass ältere Menschen, Seniorinnen und Senioren, in der Stadt, in der Landespolitik sowie auch in der Bezirkspolitik Gehör finden. Das ist uneingeschränkt mit Ihrem ehrenamtlichen Engagement verbunden, und dafür danke ich Ihnen sehr. – Tatsächlich brauchen Seniorinnen und Senioren vor Ort auch in den Bezirken einen Draht, einen Kanal, wo sie ihre Interessen vertreten können, denn vor Ort werden sehr viele Entscheidungen getroffen, die das Leben älterer Menschen unmittelbar berühren. Sie haben auch entlang Ihrer Themen beschrieben und den Schwerpunkt der Fokusthemen dargelegt, dass es um Mobilität geht, was auch bereits gelungen ist, das zum Thema zu machen und im Alltag dafür zu sensibilisieren, dass es eine Barrierefreiheit für Jung und Alt braucht, dass wir das Thema Mobilität und die Anbindung von Außenbezirken der Stadt explizit auch für Seniorinnen und Senioren vorantreiben.

Es geht auch um das Thema Wohnen. Das haben Sie auch erfolgreich verankert. Das ist eine Arbeit, die kontinuierlich an dieser Stelle stattgefunden hat, und ich glaube auch, im Rahmen der Wahl im März 2022 war das sehr präsent. Sie haben diese Fokusthemen genannt, aber sehr viel mehr ist es Ihnen auch gelungen, dafür zu sensibilisieren, dass eine Unterstützung gebraucht wird beim selbstbestimmten Leben im Alter, dass es eine soziale Infrastruktur vor Ort benötigt, wo Senioren sich engagieren und Selbsthilfegruppen stattfinden können. Ehrenamt und Teilhabe bedeutet letztendlich auch, an kulturellen Angeboten, Bildung, Kunst usw. teilhaben zu können. Gesundheit haben Sie auch angesprochen und darüber hinaus den Bereich Digitalisierung. Im Bereich Engagement ist es so, dass wir im Rahmen der Engagementkonferenz, der Engagementstrategie in der letzten Wahlperiode ein erstes Programm zur Unterstützung der Zivilgesellschaft im Bereich Digitalisierung zur Anschaffung von Hardware und auch Begleitung und Aneignung von solchen Skills gestartet haben. Mit diesem Haushalt, der bald von diesem hohen Hause hier beschlossen werden wird, werden wir ein weiteres Förderprogramm im Bereich Unterstützung bei der Digitalisierung von Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gremien etc. zur Verfügung stellen.

Sie haben auch angesprochen, dass es eine Evaluation des Berliner Seniorengesetzes gegeben hat. Die ersten Empfehlungen und Ergebnisse liegen vor. Die wichtigsten Empfehlungen sind zum einen, eine Sichtbarkeit Ihrer Arbeit deutlich zu machen über eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit auf allen Ebenen. Es geht auch darum, die Mitwirkungsmöglichkeiten der bezirklichen Seniorenvertretungen in den Bezirksverordnetenversammlungen, den Bezirksparlamenten und ihren Ausschüssen zu festigen. Es geht auch um eine Anerkennung des Ehrenamts. Sie haben dargelegt, dass sich viele in doppelter Personalunion in den unterschiedlichen Gremien engagieren und dass hier auch geprüft werden sollte, ob Aufwandsentschädigungen möglich sind. Es geht um eine Standardisierung und Vereinheitlichung dann auch von technischer und finanzieller Ausstattung der Seniorenvertretungen. Darüber hinaus wurde in der Evaluation festgehalten, ob es letztlich auch zu einem alleinigen Gremium kommen kann zwischen Ihrer beider Gremien.

Das sind Punkte, die uns jetzt vorliegen. Das sind Punkte, die wir auch weiter in dem Verfahren bewerten und weiterentwickeln müssen. Wir haben uns in den Richtlinien der Regierung, auch im Koalitionsvertrag zuvor, dazu verpflichtet und auch bekannt, dass wir ein landeseigenes Hilfestrukturengesetz anpacken wollen. Da geht es auch um Belange der Seniorinnen und Senioren im Bereich Anspruch auf Beratungsleistungen, bei der Wohnungshilfe, Orte für Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen, digitale Teilhabe, Klimawandel und diese Punkte konkret und strategisch zu bearbeiten und zu verankern. – Zur Novellierung wissen Sie auch, dass es hier im Ausschuss bereits in der letzten Wahlperiode eine Anhörung gab. Angesichts des Evaluationsprozesses, der noch nicht erfolgt ist, war die Entscheidung, dass eine Novellierung nicht vor der Wahl der Vertretung 2022 stattfinden kann. Das heißt aber nicht, dass wir dann als Senat nicht weiterarbeiten. Ich mache das erst mal als Eingang und würde gerne noch mal an die Kollegin von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, die die Federführung hat, übergeben. Sie haben recht, es ist ein Querschnittsthema, und trotzdem werden dort explizit die Belange konkret in der Federführung bearbeitet. Insofern würde ich gern an Frau Moncayo übergeben.

Vorsitzende Derya Çağlar: Frau Moncayo! Haben Sie Ergänzungen? – [Mariana Rieck Moncayo (SenIAS): Ich warte erst einmal die Fragen ab!] – Das können wir auch so machen.

– Dann wären wir auch schon in der Aussprache. Ich habe auch schon die ersten Wortmeldungen. – Herr Förster!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Herr Bender und Frau Lämmer, für Ihre engagierten Ausführungen! – Auch Ihnen, Herr Bender, herzlichen Glückwunsch zur Wahl! Sie haben ein großes Erbe angetreten. Meine ehemalige Treptow-Köpenicker Bezirksverordnetenkollegin, Frau Dr. Johanna Hambach, hat das zehn Jahre sehr erfolgreich und sehr engagiert gemacht. Ich will mich an der Stelle, auch wenn sie nicht hier ist, trotzdem noch mal ausdrücklich auch für ihre Arbeit bedanken. Sie ist in Treptow-Köpenick weiterhin auf Ebene der Kiezclubs engagiert. Herr Kollege Schulz hat es angesprochen. Ich bin gemeinsam mit ihr der Vorsitzende des Fördervereins des Kiezclubs Wendenschloss. Insofern schließt sich da der Kreis, und wir werden auch weiterhin auf kommunaler Ebene diese Arbeit ausbauen.

Sie haben zu Recht am Anfang des Thema Wahlbeteiligung gestreift, und da bin ich ehrlicherweise ein Stück weit ratlos. Sie haben ein paar Punkte benannt, woran es möglicherweise gelegen haben könnte. Ich will aber auch sagen, nicht nur basierend auf den Erfahrungen in Treptow-Köpenick, aber auch anderen Bezirken, die ich mir angeguckt habe, so schlecht war das eigentlich gar nicht, was vor Ort gemacht wurde. Bei allen Problemen, die sicher auch noch die Pandemie mit sich gebracht hat, und gerade ältere Menschen eher Präsenzveranstaltungen und Präsenzvorstellungen mögen und die digitale Variante nicht jedem gefällt, gab es doch vielfältige Möglichkeiten. In Treptow-Köpenick gab es Broschüren, die ausgelegt wurden, nicht nur in den Kiezclubs, sondern auch in den Bürgerämtern, in den Rathäusern, also allen öffentlichen Stellen, die auch sehr gut abgegriffen wurden. Es gab digitale Vorstellungen. Es gab Videos usw. Ich würde schon sagen, es ist eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit gewesen, die durchaus Vergleiche nicht zu scheuen braucht.

Meine Frage: Mag es möglicherweise auch daran liegen, die Frage kann Frau Lämmer vielleicht auch beantworten, dass am Ende das Thema Senioren jeder für sich anders definiert? Wir haben eine sehr große Altersspanne. Rein rechtlich beginnt es bei 60 Plus, und es geht, Sie hatten es angesprochen, bis 110. 107 oder 108 sind, glaube ich, sind die ältesten Menschen, die momentan in Berlin leben. Das ist eine Altersspanne von fast 50 Jahren. Man stelle sich vor, es würde ein Gremium geben, dass die 20- bis 70-Jährigen vertreten soll. Das ist auch eine Altersspanne von 50 Jahren. Vermutlich sind diejenigen, die sich mit 61 und 62 formal als Senioren fühlen sollten, zum Teil noch im Berufsleben und denken noch gar nicht daran, dass sie das betrifft. Die Generation 70 Plus ist sehr mobil und reisefreudig. Bei 80 Plus teilt es sich ein bisschen auf. Da sind die einen noch sehr agil, die anderen werden zunehmend mehr ans Haus gebunden und haben teilweise vielleicht einen höheren Pflegebedarf. Ab 90 Plus gibt es sicherlich auch noch die sehr geistig Fitten und Regen wie meine 95-jährige Oma, aber natürlich körperlich ist der Verfall dann wesentlich größer, und der Bedarf an Betreuung nimmt zu. Über 100 Plus brauchen wir gar nicht reden. Das sind dann diejenigen, die in der Regel oftmals in Heimen leben und eine sehr große Betreuung haben. Deswegen die Frage: Wie gelingt es künftig besser, diese breite Zielgruppe von 50 Jahren Lebenserfahrung aus unterschiedlichen Einstellungen anzusprechen und zu vertreten? Das ist natürlich schwierig mit einem Gesetz und einer Vertretung. Vielleicht haben Sie da Ideen. Das ist möglicherweise auch der Hintergrund, warum gewisse Zielgruppen nicht so stark gewählt haben bisher. Das wäre eine These, die ich zumindest mal in den Raum stellen würde.

Dann hatten Sie das Thema Rede- und Antragsrecht in den Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung angesprochen. Das ist auch ein Dauerbrenner. Das Rederecht fußt nach meiner Kenntnis eigentlich immer ganz gut, weil es eigentlich allen Bürgerinnen und Bürger, die in die BVV kommen, eingeräumt wird. Das ist, glaube ich, nicht das Problem. Mit Antragsrechten gibt es immer ein formales Problem am Ende wegen anderer Zielgruppen. Dann könne natürlich auch die Jugendlichen und Schüler kommen und sagen: Wir wollen das auch haben, und andere Interessengruppen. Das ist, glaube ich, eher das Problem, das man an der Stelle noch mal diskutieren muss beim Bezirksverwaltungsgesetz. Das müsste dann angepasst werden. Ich glaube, das Rederecht wird allgemein gewährt. Mir ist kein Fall bekannt, wo es verwehrt wurde. Ein Antragsrecht mit Gleichstellung mit den gewählten Bezirksverordneten ist rechtlich eine Hürde. Das ist aber, wie gesagt, ein Thema, das uns bekannt ist und seit Jahren durch die entsprechenden Beratungen getragen wird.

Dann hatten Sie, Frau Lämmer, darauf hingewiesen, dass es letzten Endes sogar drei Ebenen gibt: die Landesseniorenvertretung selbst, den Landesseniorenbeirat, wo die Seniorenvertretung natürlich Teil des Beirats ist, und die bezirklichen Seniorenvertretungen. Ist es aus Ihrer Sicht ein Gewinn, dass es sozusagen drei Parallelinstanzen gibt, die sich koordinieren müssen, oder würden Sie es vielleicht sogar besser finden, wenn der Landesseniorenbeirat quasi auch die Gesamtvertretung wahrnimmt, weil die Landesseniorenvertretung ohnehin beteiligt ist zu einer Hälfte und die andere Hälfte aus Fachleuten von verschiedenen Trägern und Verbänden besteht, die ihre Expertise einbringen sollen? Kann man das möglicherweise straffen, um effektiver auch die Themen zu beraten? Das wäre eine Frage, die Sie vielleicht auch beantworten könnten.

Dann hatten Sie noch das Thema Gesetzesnovellierung angesprochen. – Ich glaube, da sind wir alle hier im Raum gar nicht so weit auseinander. Es gibt ein paar Punkte, die Sie angesprochen haben, die sinnvoll sind, und ich glaube auch, dass man das in dieser Wahlperiode, sofern sie denn die vollen fünf Jahre dauert, wir hoffen das und gehen davon aus, auch hinbekommt, dass man das entsprechend novellieren kann und dass wir am Ende dann auch etwas haben, womit Sie leben können. – Die Frage der Entschädigung war der Schwerpunkt der Anhörung im damaligen Ausschuss vor drei oder vier Jahren hier im Haus, Frau Staatssekretärin Träsnea hat darauf hingewiesen, wäre da auch mitzuklären. Die Aufwandsentschädigung ist anzupassen. Das ist damals auch schon entsprechend von den Vorständen der jeweiligen Seniorenvertretungen geäußert worden.

Dann würde ich Ihnen als letzte Frage noch mitgeben, weil Sie zu Recht darauf hingewiesen haben, es gibt bisher nur – in Anführungsstrichen – vier Bundesländer, die ein Landesmitwirkungsgesetz haben. Sie sagten auch, Sie hätten die Erwartung auf Bundesebene, dass es entwickelt wird. Was könnte ein Bundesgesetz leisten zuzüglich zum Landesgesetz, was für Sie auf Bundesebene bisher noch nicht geregelt ist in den verschiedenen Paragraphen von Sozialgesetzbüchern und Ähnlichem? Was wäre da sozusagen der Mehrwert, der es aus Ihrer Sicht bringen würde? – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Herr Förster! – Herr Freymark!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Herzlichen Dank an die Anzuhörenden! Die Wertschätzung will ich hier auch zum Ausdruck bringen. Ich bin sehr dankbar für Ihr Angebot, für Ihr Engagement! Auch im Namen von Björn Wohlert können wir Ihnen

aus der CDU-Fraktion sagen, dass wir es sehr begrüßen, wenn wir tatsächlich in die konkreten Gespräche kommen. Wir müssen gar nicht darauf warten, dass wir alle paar Jahre hier gemeinsam eine Sitzung haben, sondern gerne kommen wir vorher schon auf Sie zu. Sie sind auch ganz herzlich eingeladen, dass wir die Gespräche fortsetzen. Ich glaube, es ist gesellschaftlich schon einiges passiert, dass es verbindliche Wahlen gibt, dass wir einen Seniorenbeirat haben, dass wir ein paar Standards haben bei der Frage von Seniorenfreizeiteinrichtungen etc. Das sind Erfolge, derer man sich auch bewusst sein darf. Zugleich finde ich es richtig und gut, dass Sie auch die schwierigen Punkte ansprechen, dass Sie also auch Ihre Wünsche artikulieren.

Ich bin bei der Thematik der Wahlbeteiligung noch gar nicht so richtig überzeugt, ob das jetzt wirklich schlecht ist. Natürlich wünscht man sich als Demokrat immer eine hohe Wahlbeteiligung. Wenn Sie uns erzählt hätten, die war bei 60 oder 70 Prozent, gäbe es hier großes Rausen, weil es auch bei Landtagswahlen nicht so einfach ist, diese Wahlbeteiligung zu erreichen. Zugleich erlebe ich, ich komme aus Hohenschönhausen, Lichtenberg, dass viele Seniorinnen und Senioren gar nicht so über ihre Rechte, über ihre Möglichkeiten, über die Angebote seitens der öffentlichen Hand im Bilde sind. Das kann ich nicht Ihnen zuschieben, sondern dass ist tatsächlich eine politische, eine gesellschaftliche Frage. Gelingt es uns auch als Politik, als Land Berlin, zum Beispiel mit den Informationen breiter umzugehen? Es gab mal die Idee, die es schon ganz alt, auch aus der Jungen Union damals noch, dass alle Menschen, die das Rentenalter erreichen oder offiziell in Rente gehen, zum Beispiel eine Art Broschüre bekommen, wo noch mal dokumentiert ist: Was darf ich? Was darf ich nicht? Welche Möglichkeiten habe ich? – und zum Beispiel zu Wahlen aufgerufen wird. Oder – ich weiß gar nicht, ob das vielleicht auch teilweise praktiziert wird – dass Bürgermeisterinnen oder Bürgermeister in einzelnen Bezirken zum Renteneintrittsalter gratulieren und auf der Rückseite auf ein paar spannende Informationen hinweisen und das vielleicht in Kooperation mit Ihnen. Da meine Frage: Welche Kooperationen gibt es schon? Welche Informationen gibt es schon? In welcher Breite werden die verteilt? Die Freizeiteinrichtung bei uns in der Warnitzer Straße hat eine kleine Broschüre und bietet für die nächsten sechs Monate einen Überblick über die Veranstaltungen an. Bei weitem können die das aber nicht in die Haushalte verteilen lassen. Das heißt, es liegt dann an sechs, sieben, acht Knotenpunkten aus, und das war es dann. Das heißt, wenn ich auf die Straße gehe, treffe ich viele Rentnerinnen und Rentner, die diese Angebote schlichtweg nicht kennen.

Politisch haben wir zugleich die Situation, dass wir zu Recht das Thema Einsamkeit hier immer öfter thematisieren, das Thema der Teilhabe immer wieder thematisieren, zu Recht auch vor dem Hintergrund der Coronapandemie, wo das Thema Teilhabe auch noch mal eine andere Bewandnis heute hat, und das Thema der Digitalisierung, denn ganz viele Angebote bis hin zum Shopping basieren mittlerweile auf digitaler Teilhabe, und die ist bei weitem nicht garantiert. Ich hatte gerade ein Unternehmergegespräch, vom Abgeordnetenhaus organisiert, Ellen Hausdörfer war auch dabei. Da saß mir eine Dame gegenüber, die das Angebot hat, Seniorinnen und Senioren an der digitalen Teilhabe zu beteiligen und fortzubilden. Sie hat 50 Anmeldungen für zehn Plätze, das heißt, die Nachfrage ist groß, das Angebot ist überschaubar. Teilen Sie diese Auffassung? Bräuchten wir mehr Angebote in diesem Bereich? Wünschen Sie sich da auch von uns mehr?

Ich finde den Punkt der Standards sehr interessant, und die Frage geht an die Staatssekretärin. Ist es auch aus Ihrer Sicht wichtig, dass wir noch größere Standards haben? Sehen Sie den

Unterschied in den Bezirken als so groß an, dass es wichtig wäre, dass wir gemeinsame Standards festlegen, natürlich unter Ihrer Beteiligung, aber gern auch im Berliner Abgeordnetenhaus verabredet? – denn es gibt Rathäuser, da gibt es eigene Räumlichkeiten. Da gibt es einen PC. Da gibt es einen Zugang. Ich weiß aber auch, dass es zum Beispiel eine Bezirksverordnetenversammlung gibt, wo die Seniorinnen und Senioren nicht mal Rederecht haben. Das sind Dinge, wo das lokal sehr unterschiedlich gehandhabt wird, und da wünsche ich mir natürlich auch Standards, damit Sie dann auch in der Landesvertretung entsprechend gemeinschaftlich und gemeinsam vorgehen.

Das Thema der Aufwandsentschädigung haben wir im ehrenamtlichen Bereich immer. Ich bin aber schon auch der Überzeugung, dass sich mindestens die Frage einer kostenfreien ÖPNV-Fahrkarte stellen sollte. Deswegen auch hier die Frage an den Senat: Ist das schon mal geprüft worden, und wenn ja, mit welcher Beurteilung, oder gibt es eine andere Idee? – denn auch medial habe ich vernommen, Herr Bender, dass das Thema Aufwandsentschädigung auch ein bisschen stärker in den Fokus gekommen ist. Sie haben auch die geringere Anzahl der Kandidierenden damit vielleicht auch hergeleitet, dass die Aufwendungen relativ hoch sind.

Dann die letzte Frage zum Thema der Wahlen und Wahlbeteiligung, auch noch mal an den Senat. Sind Sie denn mit 5 Prozent zufrieden, oder würden Sie, Stand heute, sagen: Nein, wir wollen 10, 20 oder 30 Prozent, oder ist das unrealistisch? Was wäre der Senat dazu bereit beizutragen, dass die Wahlbeteiligung beim nächsten Mal höher ist? Ein Thema war der Zeitstrahl, der zu kurz war. Teilen Sie also die Kritik, oder haben Sie da eine andere Erkenntnis, und wenn ja, teilen Sie die sehr gerne mit uns? – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Frau Breitenbach, bitte!

Elke Breitenbach (LINKE): Vielen Dank! – Ich gehöre zu denjenigen, die seit einigen Jahren zu dem Kreis der Seniorinnen und Senioren gehören. Ich konnte das Seniorenmitwirkungs-gesetz tatsächlich auch von Anfang an begleiten und muss feststellen: Probleme, die hier benannt wurden – Herr Förster ist auch schon darauf eingegangen –, gab es von Anfang an, beispielsweise die Frage der Wahlbeteiligung. Mit 5 Prozent Wahlbeteiligung kann man natürlich nicht zufrieden sein. Das wird der Senat vermutlich genauso sehen. Mir geht es da auch so, dass ich in der Zwischenzeit ratlos bin. Ich konnte jetzt aber das erste Mal erleben, dass Menschen in meinem Alter, also Anfang 60, etwas schockiert waren, als sie die Wahlbenachrichtigung bekommen haben und es ein bisschen übergriffig fanden, dass man sie jetzt als Seniorinnen und Senioren bezeichnet. Das drückt vielleicht noch mal aus, welches Bild wir in dieser Gesellschaft haben, also dass Seniorin und Senior immer noch negativ besetzt ist.

Wir erleben aber auch in dieser Stadt, ich komme jetzt zu ehrenamtlichem und freiwilligem Engagement, dass unendlich viele ältere Menschen, vor allem diejenigen, die in Rente gegangen sind, die dadurch auch noch mal mehr Zeit haben, in unendlich vielen Bereichen ehrenamtlich aktiv sind. Ich glaube, sie stellen sogar die Mehrheit. Von daher stellt sich die Frage: Wie schaffen wir es eigentlich, die Wahlbeteiligung zu erhöhen? Das hat natürlich auch immer etwas mit Bekanntheit zu tun. Was passiert in den Seniorenvertretungen? Was passiert in den unterschiedlichen Gremien? Ich glaube, viele vor Ort erleben das auch, viele erleben es auch nicht. Wie können wir das verändern? Ein Schritt, den es in der Vergangenheit gab, das war das große Allheilmittel, war die Briefwahl. Da würde mich jetzt noch mal interessieren:

Hat eigentlich die Möglichkeit der Briefwahl dazu geführt, dass mehr Menschen ihr Wahlrecht wahrnehmen?

Der zweite Punkt: Das Landesseniorenmitwirkungsgesetz ist, glaube ich, das einzige Gesetz, das allen Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben, unabhängig von der Staatsangehörigkeit, eine Wahl ermöglicht. Das hat eine sehr große Besonderheit, und trotzdem haben wir in der Vergangenheit erlebt, den Bruch gab es übrigens nicht bei den Wahlen, sondern bei den Wahlen davor, dass ganz viele Seniorenvertretungen oder Vertreterinnen und Vertreter mit einem nicht deutsch klingenden Namen nicht mehr gewählt wurden. Das war eine ziemlich dramatische Erfahrung. Ich glaube, das hat sich jetzt auch nicht großartig geändert. Deshalb frage ich jetzt noch mal: Gibt es da eigentlich noch Ideen, wie wir die Vielfalt dieser Stadt auch in Zukunft in der Seniorenarbeit abbilden können und wie die Menschen aus den unterschiedlichen Communities oder Menschen mit unterschiedlichen Herkünften auch angesprochen werden können?

Wir haben hier ein Problem, weil besonders die älteren Menschen mit Einwanderungsgeschichte besondere Probleme haben. Das gilt besonders für den Bereich Gesundheit und Pflege, was ein Thema der Seniorenarbeit ist, auch wenn es da um ganz viele unterschiedliche Themen geht, die hier genannt wurden, und damit geht es um ganz viele unterschiedliche Ausschüsse in einem Landesparlament. Deshalb finde ich es gut, wenn es einen Besuch oder einen Austausch mit den unterschiedlichen Fraktionen gibt, weil das vielleicht dazu führt, dass auch andere Ausschüsse ihre Verantwortung wahrnehmen, und da sind seniorenrechtliches Wohnen, unterschiedliche Wohnformen, aber natürlich auch Barrierefreiheit Themen, aber auch Mobilität. Das sind zentrale Themen, aber alle Ausschüsse haben eine Verantwortung für eine älter werdende Gesellschaft, die wir auch in Berlin haben. Auch die Berlinerinnen und Berliner werden älter mit allem, was dazu gehört.

Zu den Mindeststandards: Darüber haben wir sehr oft gesprochen, und es ist im Rahmen der Seniorenarbeit in den Bezirken so wie immer in den Bezirken: Alle Bezirke machen es, wie sie wollen, und zwar immer unterschiedlich, und das ist tatsächlich eine Katastrophe. Das Positive daran ist, dass wir gute, aber auch schlechte Beispiele kennen. Deshalb halte ich diese Mindeststandards für richtig. Es gibt Fragen, die man politisch diskutieren muss. Das ist das Rede- und das Antragsrecht. Ich habe bekanntermaßen zum Antragsrecht eine andere Position, weil es Wahlen gibt. Da stellen sich Parteienvertretungen zur Wahl, und die haben ein Antragsrecht. Ich finde das richtig, aber man kann da unterschiedlicher Meinung sein.

Ich will noch einen Punkt aufgreifen, den Herr Förster angesprochen hat. Wir haben in dieser Stadt sehr viele Beiräte. Wir haben den Landesbehindertenbeirat, den Landesbeirat für Partizipations- und Migrationsfragen usw. All diese Beiräte haben die gleiche Aufgabe: Sie beraten den Senat bzw. in den Bezirken. Das heißt, wenn wir diese Mindeststandards haben und wenn ein Antragsrecht dazu kommt, muss das für alle Beiräte gelten, weil sie alle die gleiche Aufgabe haben, auch wenn es zahlenmäßig möglicherweise weniger Menschen mit Einwanderungsgeschichte gibt, aber es geht bei all diesen Beiräten immer um partizipative Prozesse auf all diesen Ebenen, um die Vielfalt und die Unterschiedlichkeit dieser Gesellschaft mit den unterschiedlichen Interessen deutlich zu machen.

Das gilt auch für die Aufwandsentschädigung, das muss ich an dieser Stelle auch sagen. Ich halte diese Forderung für falsch, aber richtig ist, und wir haben hier in diesem Ausschuss schon mal darüber gesprochen, dass man sich Ehrenamt immer auch leisten können muss. Es gibt viele Menschen in unterschiedlichen Bereichen, die sich das Ehrenamt nicht leisten können, weil ihr Einkommen zu gering ist, und dazu gehören natürlich viele Seniorinnen und Senioren, deren Rente nicht reicht. Dafür brauchen wir eine Lösung. Die Aufwandsentschädigung im Gießkannenprinzip – es gilt dann für alle – wäre nicht meine Position, denn, ich glaube, das könnten wir gar nicht finanzieren, aber die Frage ist: Wie gewinnen und unterstützen wir Menschen, die sich das ehrenamtliche Engagement nicht unbedingt leisten können?

Mein letzter Punkt ist die Öffentlichkeitsarbeit, die angesprochen wurde. Wenn wir von den Seniorinnen und Senioren in dieser Stadt reden, haben wir, das wurde schon gesagt, eine breite Altersspanne. Die meisten Menschen in meinem Alter kennen sich mit Computern, Handys, Internet und all diesem Neuland aus. Bei Älteren sieht es anders aus. Es gibt in den Bezirken, auch in den Stadtteilzentren, wirklich sehr viele Angebote für ältere Menschen, was die Digitalisierung angeht, aber wie insgesamt im ehrenamtlichen Engagement, und das hat die Staatssekretärin schon gesagt, braucht die Digitalisierung, das hat auch die Pandemie ge-

zeigt, noch einen größeren Schub. Aber je mehr Jahre ins Land gehen, umso mehr Seniorinnen und Senioren haben wir, für die die Digitalisierung normal ist. Trotzdem werden wir immer Menschen haben, die nicht mehr so mobil sind, die man über andere Wege erreichen muss.

Mich würde noch interessieren, neben den Fragen, die ich schon gestellt habe, was Ihre konkreten Erwartungen an diesen Ausschuss sind. Die Frage der Aufwandsentschädigung gehört ganz klar in diesen Ausschuss, auch wenn ich eine andere Position dazu habe. Das ist Ihre Forderung, die wir diskutieren müssen. Wie können wir ansonsten die Arbeit der unterschiedlichen Seniorenvertretungen und den Seniorenbeirat hier in diesem Ausschuss unterstützen, und was erwarten Sie von uns?

Ich will noch sagen, dass wir über viele Jahre unglaublich engagierte Seniorenvertretungen in den Bezirken, aber auch auf Landesebene hatten. Auch der Seniorenbeirat war immer sehr engagiert und hat viele Sachen auf den Weg gebracht. An dieser Stelle will ich die Leitlinien nennen. Die Leitlinien der Seniorenpolitik wurden überarbeitet, und sie sind sehr konkret geworden. Sie sind weg von „Ein Papier von zeitloser Schönheit“, sondern es stehen konkrete Maßnahmen drin, und diese Maßnahmen sind alle messbar. Deshalb, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, würde ich Sie bitten, sich diese Leitlinien noch mal anzugucken und in Ihren Fraktionen darüber zu reden. In all Ihren Fraktionen, auch in meiner Fraktion, haben wir Menschen, die in den unterschiedlichen Ausschüssen sind und die genau diese Themen aufgreifen können. Das wäre vermutlich eine der größten Unterstützungen, die es für die Arbeit im Bereich der Seniorinnen und Senioren gibt, aber sicherlich haben Sie noch andere Ansprüche an uns.

Zum Schluss möchte ich mich für das große Engagement bedanken, das Sie schon die letzten Jahre geleistet haben und wünsche Ihnen aber auch große Erfolge für die nächsten Jahre!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank! – Dann ist Frau Dr. Kahlefeld an der Reihe.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich kann mich zum Glück kurzfassen, weil vieles schon gesagt worden ist. Vorweg: Ich bin fest davon überzeugt und habe die Erfahrung auf der bezirklichen und auf der Landesebene gemacht, dass Partizipation und Beteiligung Politik besser macht, dass wir in den Parlamenten unbedingt die Stimme derer brauchen, die ihre eigene Lebenssituation und ihre Bedarfe sehr gut kennen. Deswegen halte ich den Seniorenbeirat für enorm wichtig. Trotzdem habe ich ein paar Verständnisfragen, weil ich normalerweise mit Seniorenpolitik nicht so eng gefasst bin. Im Bezirk hatte ich viel mit dem Seniorenbeirat zu tun, aber hier im Abgeordnetenhaus weniger.

Die Forderung nach einem Antragsrecht stellen andere Beiräte auch. Ich halte das für demokratietheoretisch schwierig. Es wäre viel einfacher umzusetzen – was ich mir zum Teil auch von den anderen Beiräten wünsche, vor allen Dingen vom Partizipationsbeirat –, ab und zu Stellungnahmen zu dem abzugeben, was wir hier im Parlament beraten und was in Ihre Kompetenz fällt. Unterschätzen Sie nicht die Wirkung. Wenn wir hier die Stellungnahme von einer NGO auf dem Tisch liegen haben, das passiert relativ oft, oder eine Stellungnahme vom Seniorenbeirat oder Partizipationsbeirat, diskutiere ich hier natürlich anders. Ich werde das zitieren. Ich werde mit den Kolleginnen und Kollegen darüber sprechen, ob und wie wir diese fachkundige Haltung in unsere Beratung einbeziehen können. Das wäre eine Alternative, die,

glaube ich, nicht mehr Arbeit macht, denn auf das eine müssen Sie sich intern genauso einig wie auf das andere. Es ist nur eine andere Textgattung, mit der wir hier leichter umgehen können.

Das Wahlrecht besteht zum Glück auch für Menschen, die keinen deutschen Pass haben. Das ist ganz wichtig, weil die Älteren zu denen gehören, die ganz besonders unter der miesen Einbürgerungspolitik in Deutschland gelitten haben. Es wird wahnsinnig schwerfällig eingebürgert. Viele der Älteren sind nicht in den Genuss von Deutschkursen gekommen, weil es die noch gar nicht so lange gibt. Die haben wir erst vor 20 Jahren flächendeckend eingeführt, dass man eine Chance hat, relativ schnell die Sprache zu lernen. Alle, die älter sind, haben hier einfach nur gearbeitet, ihre Kinder großgezogen, ihre Enkel großgezogen, ohne die Chance zu haben, anders als am Arbeitsplatz zum Beispiel, geordnet die Sprache zu lernen und sich sicher zu fühlen. Wir wissen alle, dass gerade ältere Menschen sich gern in ihre Herkunftssprachen zurückziehen, wenn es bei der Arbeit nicht mehr so notwendig ist, ständig die deutsche Sprache zu verwenden. Wie steht es denn mit Mehrsprachigkeit? Ich glaube, die Ansprache in der Herkunftssprache würde eine Menge Türen öffnen, und ich frage das vor dem Hintergrund, dass ich aus einem Bezirk komme, in dem, das ist zum Glück schon sehr lange her, nicht mal die Senioreninformationen mehrsprachig herausgegeben werden sollten, geschweige denn ein Aufruf zur Wahl, weil es hieß: Wer hier lebt, muss Deutsch können –, aber, wie gesagt, es geht hier um eine Generation, die überhaupt keine Angebote dazu bekommen und sich stattdessen sofort nur ins Arbeitsleben eingefädelt hat. Wie gehen Sie intern mit Mehrsprachigkeit um, weil Sie genau die Menschen vertreten, die von diesem Problem besonders betroffen sind?

Dann eine vielleicht etwas dumme Frage: Warum haben bei Ihnen einige Leute so viele Funktionen? Liegt das daran, dass Sie so wenige sind und die Funktionen sonst nicht besetzt bekommen? Ich habe das, ehrlich gesagt, ein bisschen als ein Krisensignal gesehen. Das macht eine Organisation normalerweise nur, wenn sie nicht genug Leute findet, um es verteilen zu können, aber vielleicht liege ich da auch völlig schief, denn so soll es natürlich nicht sein. Das überfordert dann wirklich, wenn man einen Menschen als Joker in sämtlichen Funktionen einsetzen musste. Das ist echt nicht ideal.

Meine letzte Frage: Wir arbeiten Sie mit anderen Beiräten zusammen, denn es gibt natürlich gemeinsame Interessen? Ich hatte relativ viel mit dem Behindertenbeirat zu tun. Egal, ob man aus Altersgründen oder wegen eines Handicap abgesenkte Gehwege usw. braucht, hat man gemeinsame Interessen. Da kann man sich gegenseitig verstärken, und natürlich wird dadurch der ganze Beirat noch mal breiter aufgestellt, weil die jeweiligen Interessen in dem anderen Beirat auch Gehör finden, wenn man zusammenarbeitet. – So viel von mir.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Frau Dr. Kahlefeld! – Frau Auricht!

Jeannette Auricht (AfD): Vielen Dank! – Herr Bender, Frau Lämmer! Vielen Dank, dass Sie heute hier sind und Ihre Arbeit vorgestellt haben! Wir haben jetzt unheimlich viel Theoretisches über die Selbstorganisation, über die drei Ebenen der Seniorenvertretung gehört, welche Probleme es gibt, die alle zusammenzubringen, welche Vorstellungen Sie haben, wie Sie unterstützt werden sollen, Rede- und Antragsrecht. Das sind alles wichtige Sachen. Ich habe gehört, dass Sie jetzt noch dabei sind, die Schwerpunkte zu setzen, alles wichtige Themen, Mobilität, Barrierefreiheit, Selbstbestimmtheit.

Ich habe aus meinem Wahlkreis und aus meiner Nachbarschaft ein paar Fragen für den heutigen Ausschuss mitbekommen. Die sind so lebens- und praxisnah, dass ich gar nicht weiß, ob ich die heute hier stellen kann, weil wir uns doch eher mit überorganisatorischen Sachen beschäftigen. Ich stelle sie trotzdem und werde sehen, ob Sie die beantworten können, auch in Anbetracht dessen, dass Sie noch nicht so lange im Amt sind. Das waren zum Beispiel Fragen aus dem letzten Lockdown, dass die Angst besteht, dass so etwas wiederkommen könnte, die Isolation in den Seniorenheimen von älteren Menschen, dass sie von ihren Familien getrennt waren, nicht besucht werden konnten. Welche Probleme haben sich daraus noch ergeben, und welche Lösungsvorschläge könnten von Ihrer Seite kommen?

Aus einem anderen Bereich: Wir wissen alle, dass die Preise momentan wie verrückt steigen. Wir haben eine Inflation. Auch das war eine Frage: Wie sollten die Senioren noch weiter von der Politik unterstützt werden? Welche Angebote brauchen Senioren? Das ist ein ganz wichtiges Thema, weil sich viele wirklich diese Preise nicht mehr leisten können.

Noch ein Thema, das ist die Verwaltung. Sie haben es auch angesprochen. Digitalisierung ist ein großes Thema. Ich habe auch eine Mama, die knapp 80 ist. Die hat mit Digitalisierung überhaupt gar nichts am Hut. Das Problem bei den Ämtern ist die Wartezeit. Man kriegt oftmals nur noch online einen Termin, vor Ort gar nicht mehr. Über Banken und Sparkassen brauchen wir gar nicht zu reden. Es geht fast gar nichts mehr ohne Digitalisierung, ohne Computer. Da hätten einige gern gewusst, wie das für die älteren Leute umgesetzt werden soll, dass Möglichkeiten bleiben, das weiterhin analog zu erledigen.

Zu der geringen Wahlbeteiligung: Das ist ein Originalton. Bei dem Wahlchaos, das wir in Berlin hatten, hatten viele Leute keine Lust, noch mal zur Wahl der Seniorenvertretung zu gehen, aber das nur mal am Rande. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Schulz! Sie haben das Wort.

Mathias Schulz (SPD): Erst einmal vielen Dank, Herr Bender und Frau Lämmer, für Ihre Ausführungen! Ich habe den Fragen meiner Vorredner/-innen wenig zu ergänzen, möchte es aber auf jeden Fall bei dreien gern machen, und zwar hatten Sie, anschließend an das, was Frau Dr. Kahlefeld gesagt hat, davon gesprochen, dass es eine Reihe von Mehrfachfunktionen gibt, die sowohl auf bezirklicher als auch auf Landesebene besetzt werden würden, weil es mehrere Strukturen gibt, die miteinander arbeiten. Da wäre meine Frage, ob Sie eine Vorstellung haben, wie man das entlasten kann. Mir schien es eher eine Beschreibung zu sein, wie engagierte Menschen, die sich sehr für ihr Umfeld einsetzen, eine Mehrfachbelastung haben. Wie man das abmildern kann, oder wie man Sie dabei besser unterstützen kann, wäre eine Frage.

Dann hatten Sie in der Präsentation gesagt, dass in Spandau und Marzahn-Hellersdorf die Anzahl der Kandidierenden gar nicht erreicht werden konnte, um überhaupt das Gremium vollständig besetzen zu können, wobei es in anderen Bezirken manchmal auch knapp drüber war, aber die Anzahl erreicht werden konnte. Haben Sie analysiert, woran das liegt oder wie man das verbessern kann, um so etwas in Zukunft zu vermeiden? Haben Sie eine Erklärung für sich, woran das liegen könnte und wie wir unterstützen können, dass man das in Zukunft verhindern kann?

Eine dritte Frage, die mich auch als Sprecher für Brandenburg interessiert: Gibt es Kooperationen mit Seniorenvertretungen in Brandenburg? Es gibt dort nicht das Gesetz und nicht die Strukturen, aber es gibt dort auch Ansprechpartner/-innen, die sich im Flächenland und vor allem im Umland von Berlin mit dem Leben im Alter auseinandersetzen. Gibt es da eine Zusammenarbeit und Themen, die Sie gemeinsam miteinander bearbeiten? Das würde mich interessieren – Danke schön!

Vorsitzende Derya Çağlar: Die letzte Wortmeldung bevor es in die Antwortrunde geht: Herr Otto!

Andreas Otto (GRÜNE): Danke schön! – Ich bin auch wahlberechtigt. Das ist vielleicht das Thema. Ich sage es mal als These: Ich finde es nicht schlimm, wenn es 5 Prozent sind. Das kann man, glaube ich, steigern, wenn man vermittelt, wofür diese Vertretungen eigentlich da sind und was die Leute davon haben, dass es die gibt. Der wichtigste Punkt bei Wahlen ist, das wissen wir alle aus eigener Erfahrung, ob es Unterschiede zwischen den Kandidatinnen und Kandidaten gibt. Einfach an einer Wahl teilzunehmen in dem Wissen, dass 20 gute Leute auf der Liste stehen, und am Schluss ist es für mein Leben egal, ob es die ersten zehn oder die zweiten zehn sind, die in der Vertretung sind. Das ist vielleicht für die Leute eine Überlegung, die die anstellen. Die müssen dann den Brief abschicken usw. Ich finde es erst mal nicht schlimm, sondern wir müssen daran arbeiten und würden Sie dabei unterstützen, die Arbeit bekannter zu machen. Wir kennen es von unseren Wahlen. Wir machen riesige Plakatwände, Videospots usw. Ich weiß es nicht. So etwas ist mir nicht begegnet, aber vielleicht habe ich es auch nicht gesehen. Gibt es Plakattafeln? Gibt es Videospots zu dieser Wahl, wo sich Kandidatinnen und Kandidaten präsentieren? Gibt es so etwas wie Wahlkampf? Das habe ich nicht beobachtet, aber das würde ich von Ihnen erfahren wollen. Vielleicht ist es an mir vorbeigegangen. Dann kann das an mir liegen oder an der Wahlkampagne. – Das ist die eine Frage.

Die zweite Frage: Das hat die Kollegin Breitenbach angesprochen, und Herr Förster hat herangerufen, dass ich wahlberechtigt bin, denn ich bin jetzt 60 geworden. Ich kenne eine ganze Menge Leute. Man hat einen Bekanntenkreis, wo alle so ähnlich alt sind. Leute, die im Beruf stehen, jeden Tag arbeiten, haben einen Schreck bekommen ob dieses Briefes. Ich habe das auch unserer Bezirksstadträtin gesagt: Mensch, ihr hättet das anders schreiben müssen, denn ich finde, Seniorin oder Senior zu sein, ist nichts Schlimmes, das ist keine Krankheit, sondern das kann man gern sein, aber die Frage ist: Wann vermittelt man den Leuten, dass sie dazu gehören? – Früher haben wir in der Wohnungspolitik immer gesagt: Ab 50 solltest du deine Wohnverhältnisse geklärt haben, ob du mal in einer WG leben willst, im Häuschen auf dem Lande oder so. Das ist verrutscht. Das machen die Leute heute vielleicht mit 60 oder 65, keiner Ahnung. Wie würden Sie die Frage einer 60-Jährigen beantworten, die im Berufsleben steht und noch mindestens sieben Jahre arbeiten möchte, warum sie daran teilnehmen soll und was sie davon hat? Mein Antwortversuch, sage ich mal ein bisschen spaßhaft, war: Na ja, wenn du für einen Zebrastreifen in deiner Straße kämpfen willst, dann musst du mit 60 anfangen, damit der 67 da ist. – Aber das ist nicht die ernsthafte Antwort. Wenn Sie mir da weiterhelfen könnten, wäre ich Ihnen dankbar.

Vielleicht ist es eine Variante, dass man mit Herrn Förster überlegt, ob vielleicht die Zeitspanne falsch ist. Müsste man sagen, Senior/-in ist man vielleicht erst mit 70? Oder man sagt, es gibt aktive Seniorinnen und Senioren, die mit 60 dazu gehören, wir bleiben dabei. Ich habe auf Ihre Internetseite geguckt und für die keine Ansprache gefunden. Vielleicht ist es aber

eine Möglichkeit, darüber nachzudenken, wie wir allen Leuten, die 60 werden, vielleicht sogar schon vorher, verklickern: Du bist so ein cooler Typ. Dich brauchen wir bei der Seniorenvertretung. Mach da mit, und lasse uns mal zusammen überlegen, wie sich aktives Älterwerden in Berlin gestalten lässt. Wir tun uns dafür zusammen und machen das bekannt. – Das geht mir durch den Kopf. Aber ich gebe zu: Ich habe auch diesen Brief bekommen, und seitdem denke ich darüber nach. – Danke schön!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Dann würde ich Ihnen beiden, Herr Bender und Frau Lämmer, das Wort für die zahlreichen Fragen geben. Sortieren Sie sich. Fangen Sie an, wie Sie möchten. – Herr Bender hat schon sein Mikro an.

Erwin Bender (Vorsitzender der Landesseniorenvertretung Berlin – LSV): Wow! Das war jetzt echt viel. Ich hatte schon Angst, mir geht beim Aufschreiben das Papier aus. Vielen Dank für die vielen Fragen! Ich habe mich mit Frau Lämmer geeinigt. Ich werde beginnen, und sie wird ergänzen, wenn ich den Faden verliere oder irgendetwas vergesse. Mit Sicherheit werde ich nicht alles so beantworten, dass sie nichts zu ergänzen hat. Ich bin da sehr zuverlässig.

Rentner haben Zeit, das vergessen Sie mal wieder. Wer Rentner ist und sich ehrenamtlich betätigt, hat keine Zeit. Da komme ich gleich zu der Frage, die hier verschiedentlich gestellt wurde: Warum tun Sie sich das an, in so vielen Gremien zu sein? – Ich könnte mich jetzt zurücklehnen und sagen: Ja, weil wir es müssen, denn das Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz schreibt vor: Der Vorsitzende der bezirklichen Seniorenvertretung geht in die Landesseniorenvertretung, und der Vorsitzende der Landesseniorenvertretung ist im Vorstand des Landesseniorenbeirats. Also, es sind einige Zwänge, die einfach vorgegeben sind. Die machen nicht so viel Sinn. Das könnte anders formuliert sein. Da könnte stehen: Die bezirkliche Seniorenvertretung entsendet einen Geeigneten in die Landesseniorenvertretung. Insofern könnte man das ein bisschen aufschlüsseln. – So viel zu diesem Thema.

Zu diesen 5 Prozent: Ich habe verschiedentlich gehört: Ist das schlimm, ist das nicht schlimm? – Ja, es ist schon gut, wenn wir 5 Prozent der Menschen erreichen, dass sie zur Wahl gehen. Der Verdacht, der natürlich im Raum steht, ist: Wir haben eine Großzahl der Menschen insofern nicht erreicht, dass sie wissen, dass es eine Seniorenvertretung gibt. Wir haben Menschen nicht erreicht zu dem Thema: Sie können Unterstützung und Hilfe über ihre Seniorenvertretung im Bezirk zu den bezirklichen Problematiken, Sie hatten einige aufgeführt, erhalten. Das ist das Thema, und deswegen stört uns diese Zahl von 5 Prozent.

Die Abgeordnete Breitenbach hat gesagt, wir haben vom vorvorletzten mal zum letzten Mal im Faktor 10, eine Verzehnfachung, eine Steigerung der Wahlbeteiligung durch die Briefwahl erreicht, aber, wie gesagt, da gibt es noch einiges, was noch an Steigerung möglich ist.

Ich hatte mehrfach gehört: Wir haben das Problem erkannt. – Das höre ich immer wieder. Das höre ich im Bezirk, das höre ich auch an anderen Stellen. Ich wünsche mir als Vertreter der Generation 60 plus, dass die Probleme nicht nur erkannt, sondern dass sie auch irgendwann mal gelöst werden, und zwar halbwegs zeitnah. Ich will nicht sagen, die Menschen erwarten, dass sie das noch erleben, aber natürlich möchte man das geregelt haben.

Die Mehrsprachigkeit ist auch ein Thema, das uns immer bedrückt. Natürlich wissen wir, dass es ein Problem für Menschen darstellt, sich zu informieren. Zur Wahl selbst – Frau Rieck Moncayo kann es wahrscheinlich deutlicher beantworten – gab es eine ganze Anzahl verschiedensprachiger Broschüren und Mitteilungen. Natürlich ist die bezirkliche Seniorenvertretung, da spreche ich mal für Neukölln, überfordert, wenn es darum geht, die 80 Nationen, die in Nordneukölln vorhanden sind, alle sprachlich abzudecken. Wir sind in den Sitzungen selbst nicht in der Lage, uns einen Dolmetscher zu leisten. Das sind wir bei der Aufwandsentschädigung. Das Geld, die Möglichkeiten haben wir nicht. Die Sprache muss Deutsch sein. Da muss keiner verhandlungssicher sein, aber er muss sich so ausdrücken können, dass wir gemeinsam darüber reden können.

Die Frage der Diversität hatten wir schon angesprochen. Ja, es ist uns möglicherweise nicht gelungen, das abzubilden, was wir an Migration in dieser Stadt haben. Das ist natürlich schwierig. Auch dazu hat die Senatsverwaltung gesagt: Wir können es gar nicht leisten, das abzubilden. – Allein über den Namen kriegen wir das nicht raus. Bei dem Namen Bender würde keiner vermuten, dass es einen Migrationshintergrund gibt, denn sein Vater wurde noch in Italien geboren. Rein namentlich kriegen wir das nicht hin. Aber ich kann auch nicht hingehen und sagen: Wo ist denn dein Vater geboren? Wo kommst du her? Welche sexuellen Vorlieben hast du? Welchen Gott bettest du an? – oder sonst irgendwas. Es ist schwierig, das aufzulisten. Das möchte ich auch gar nicht. Ich möchte den Menschen so nehmen, wie er kommt. Ich möchte, dass die Leute sich für die Probleme einsetzen, die sie mitbringen. Das ist das Ideale: 17 Menschen aus dem Betrieb, die das Vertrauen von andere Menschen dieser Generation haben, kommen zusammen. – Das finde ich schon mal eine gute Lösung.

Ab wann ist man Senior? – Das ist eine spannende Frage, die wir uns an vielen Stellen gestellt haben. Wir haben die zum Beispiel bei der Gewerkschaft Verdi gestellt, eine der großen Gewerkschaften in dieser Republik, die Größe, glaube ich. Da war das Thema: Wann sind die Menschen, die bei uns Mitglied sind, Senioren? Schreibt man sie zu spät an, sind sie schon in der Rente, und wir finden sie nicht mehr wieder. Schreiben wir sie zu früh an, passiert genau das, was hier mehrfach schon erwähnt wurde. Die die Leute sagen: Was, Senior? Wie kommst du darauf. Ich stehe noch mitten im Saft und im Leben. Geh weg. – Auch hier war die Frage, ob man eine Broschüre herausgibt und ob man die den irgendwann zuschickt, aber wann schickt man die denen zu? Das ist eine große Frage. Aber letztlich wächst man in das Thema Senior rein. Auch jeder der hier Anwesenden ist irgendwann mal Senior, wenn er Glück hat und nicht unter den Bus kommt. Er ist irgendwann mal Senior. Natürlich kann man irgendwann mal anfangen – Ich will nicht den Zebrastreifen mit den sieben Jahren aufgreifen, wobei ich dieses Beispiel für sehr realistisch halte. Man kann gar nicht früh genug damit anfangen, sich mit diesem Thema zu beschäftigen: Wie ist meine Wohnsituation? Wie ist meine Situation in finanzieller Art, und was mache ich vielleicht ehrenamtlich? Ich brauche es in diesem Kreis nicht zu erzählen: Ohne Ehrenamt würde diese Stadt nicht funktionieren. Das Ehrenamt ist eine wichtige Sache und wird viel von den Seniorinnen und Senioren, also von den eher älteren Menschen, ausgeübt. Das ist der Hallenwart beim Sportverein. Da gibt es unwahrscheinlich viele Dinge, die gemacht werden.

Das Rederecht war noch ein Thema. Ja, es ist ein Unterschied, ob wir in der BVV – ich rede jetzt über die bezirkliche Geschichte – einfach mal einen Antrag stellen oder kurz zu einem Thema reden können oder ob wir großen Schriftverkehr auslösen. Ich finde es problematisch. Ich komme aus Neukölln und sehe immer die Tagesordnung. Das sind 140, 143 Seiten. Die

wird niemals abgearbeitet. Es bleibt immer irgendetwas hängen, und hier noch einen weiteren Antrag einzubringen und noch etwas auszulösen, scheint mir fast ein bisschen zu überzogen, aber sich mal zu Wort zu melden und zu sagen: Dazu hätte ich etwas zu sagen – – Ich glaube, die Generation 60 plus, die immerhin schon ein gutes Viertel dieser Bevölkerung stellt, sollte die Möglichkeit haben, das auf dem kurzen Dienstweg – darum geht es – zu erledigen.

Wie wird die Wahl beworben? Wie werden die Angebote der Freizeitstätten und der Möglichkeiten dort beworben? – Das ist auch sehr unterschiedlich in diesem Land. Jeder Bezirk hat sein eigenes Konzept. Ich weiß, dass Bezirke aus dem Bezirksamt monatlich teilweise eine Broschüre rausgeben, wo alle interessanten Dinge, die die Generation 60 plus betreffen könnten, dargestellt werden mit Einladungen und detaillierten Dingen. Auch da wird natürlich die Wahl beworben.

Es gibt Bezirke, die bringen diese Broschüre einmal im Vierteljahr heraus, und ich glaube, es gibt Bezirke, die machen so etwas eher gar nicht.

Wie kommen wir an Menschen aus anderen Communities heran? – Das war eine große Herausforderung im Vorfeld der Wahl. Ich habe immer gesagt, jeder, der mich nicht rausschmeißt muss ertragen, dass ich etwas zu der Seniorenvertretung sage, und das habe ich auf breiter Front. Das habe ich im Deutsch-Arabischen Zentrum gemacht. Das habe ich in der Schwulenberatung in der Niebuhrstraße gemacht. Das habe ich auch an diversen anderen Stellen gemacht mit unterschiedlichem Erfolg. Manche verstehen das Thema und sagen: Ja, machen wir mit. – Wir haben aber auch bestimmte Gruppen, die sagen: Ja, höre ich mir an, aber meine Frau geht da nicht hin. – Das ist so ein bisschen das Problem: Wie lockt man die Leute raus, dass sie da auch wirklich mitmachen?

Digitale Teilhabe: Digitale Teilhabe ist eines unserer zentralen Themen. – Vielen Dank, dass Sie das noch mal angesprochen haben! Die Digitalisierung geht an uns dauerhaft nicht vorbei. Dieser Zug läuft, und wir müssen als Seniorinnen und Senioren einsteigen, oder wir bleiben zurück. Wir haben möglicherweise alle das Bild vor Augen, was in Norwegen zurzeit geschieht. Dort wird längst bargeldlos gezahlt. Ohne Smartphone bist du hilflos und musst verhungern habe ich manchmal das Gefühl. Soweit sind wir hier in Deutschland noch nicht. Wir hatten von der Landeseniorenvertretung vor zwei Jahren einen Termin mit der Führungsetage der Sparkasse und haben uns mit denen über das Thema Digitalisierung unterhalten. Wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Wie kommen Menschen an ihr Geld? Auch da war der große Wunsch: Wir machen das bargeldlos, das wäre unser Ziel. – Die Frage von uns: Was denken Sie, wie viele Haushalte in Berlin über keinen Internetanschluss verfügen? – hat man dann mit: Wahrscheinlich 20 Prozent – beantwortet. Das ist eine Größenordnung, die mich erst mal überrascht hat. Ich habe dann aber mal in meinem Bekanntenkreis überlegt, wer hat, wer hat nicht, und habe vor zwei Jahren festgestellt: Ja, das stimmt. Inzwischen ist es möglicherweise besser geworden, denn es passiert ja was. Als ich vor fünf Jahren mein Amt angetreten habe, bin ich in die Freizeitstätten und habe dort gefragt: Gibt es hier eigentlich WLAN-Zugang? – Ja, wir arbeiten daran. – Als ich letztes Jahr irgendwo aufgeschlagen bin, hieß es: Selbstverständlich haben wir hier WLAN. – Da ist etwas passiert, und die Digitalisierung ist auch Zugang. Die Digitalisierung ist während der Coronazeit Zugang allein zum Thema: Wie komme ich in den Zoo? – wobei auch hier wieder Herausforderungen entstehen. Ich habe mal den Familienrat einberufen, weil es eine Abbuchung auf meinem Konto gab. Ein holländisches Unternehmen hat bei mir knapp 40 Euro abgebucht. Keiner wusste was es war. Es waren die Karten des Zoos, die über ein holländisches Unternehmen abgebucht wurden. Damit können Sie natürlich jemanden, der nicht so sehr auf affin in dieser Ecke ist, schon sehr verwirren und auch zerstören. Wir müssen zu dem Thema Digitalisierung mehr Angebote machen. Ihre Frage war: Können wir da mehr tun? – Ja. Es gibt in den Freizeitstätten einiges, was da schon läuft, aber wir dürfen die Seniorinnen und Senioren bei dem Thema Digitalisierung nicht zurücklassen. Banken schließen ihre Filialen. Banken schränken ihre Öffnungszeiten ein. Banken verlangen heute, wenn Sie da körperlich irgendeine Sache machen, eine Überweisung oder was auch immer, exorbitante Gebühren. Man ist also gezwungen, auf die Digitalisierung umzusteigen.

Die Aufwandsentschädigung war noch ein Thema. Ich habe in meiner Präsentation bewusst „Auslagenersatz“ geschrieben. Es geht nicht um eine Gewinnerzielungsabsicht oder so etwas, sondern es geht darum, dass Menschen Geld ausgeben und zumindest dieses Geld, das Fahr-

geld oder vielleicht auch die Kopierkosten, erstattet wird, also diese Mindestanforderung, dass man nicht wirklich Geld mitbringen muss. Dieses „man muss sich Ehrenamt leisten können“ habe ich schon mehrfach gehört. Wir grenzen damit Menschen aus, die nicht über das nötige finanzielle Budget verfügen, und das ist – das muss man auch deutlich sagen – nach dem Lebensmodell meiner Generation, insbesondere die meiner Eltern, die Frau, die alleine zu Hause lebt mit der Witwenrente ihres Mannes und selber, weil sie sich damals um Familie und Kind gekümmert hat, selbst keine oder nur geringe Renteneinkünfte erworben hat, und die grenzen wir aus. An die kommen wir übrigens auch insgesamt schwer heran, denn sie kommen aus der Hütte nicht raus. Wenn wir sie erreichen, dann höchstens mal in einer Freizeitstätte, wo sie für einen schmalen Taler auch mal eine Tasse Kaffee oder ein Stück Kuchen kaufen können. Das sind keine Menschen, die ins Café gehen. Ich habe letztes ein Stück Kuchen essen müssen für 5,10 Euro, war lecker, aber das kann sich einfach nicht jeder leisten, der eine schmale Rente hat. Das muss man im Blick haben.

Die Steigerung der Briefwahl ist natürlich auch wieder ein Thema, das uns stets und ständig verfolgt. Wie bekommt man das hin? – Man müsste zunächst mal die Menschen informieren, dass das eine ernsthafte Sache ist und es auch so formulieren, dass es sie nicht erschreckt. Das, was ich immer wieder höre, insbesondere bei Menschen nichtdeutscher Herkunft, ist: Da kommt ein komplizierter Brief, mit dem kann ich nichts anfangen, und da hat mir irgendeiner gesagt: Ach, das ist auch gar nicht so wichtig, also habe ich ihn weggeschmissen. – Wir haben im bezirklichen Bereich festgestellt: Wir hatten einige Kandidatinnen mit Migrationshintergrund, die wir gewinnen konnten, und als die das erste Schreiben vom Bezirksamt bekommen haben: Du bist als Kandidat gemeldet, wunderbar, aber wir brauchen jetzt ein paar Daten von dir und deine Zustimmung, dass wir diese Daten auch speichern – haben zwei ihre Kandidatur zurückgezogen, weil sie gesagt haben: Das ist mir zu kompliziert. Ich bin nicht hierhergekommen, um Akten zu studieren. – Auch da muss das Wording ein bisschen besser werden. Sprachlich müssen wir da einfacher werden. Es muss nicht unbedingt leichte Sprache sein, aber weg von diesem Bürodeutsch.

Zur Zusammenarbeit mit weiteren Beiräten: Natürlich arbeiten wir mit weiteren Beiräten zusammen. Jeder Beirat ist irgendwo auch ein bisschen verknüpft mit dem Thema Senioren. Nicht alle Senioren haben ein Handicap, aber natürlich sind wir mit dem Behindertenbeirat im Gespräch, denn wir haben viele gleiche Themen. Wir erreichen auch das eine oder andere. Sie fragten: Was erreichen wir im Bezirk? – Ich kann jetzt hier für Neukölln sprechen, aber ich denke, das gilt für die anderen Bezirke auch. Inzwischen gibt es keine Straßenbaustelle mehr, bei denen in diesem Zusammenhang nicht der Bürgersteig abgesenkt wird an den Straßenecken. Das ist inzwischen eine solche Selbstverständlichkeit, es ist gar nicht denkbar, dass das nicht passiert. Das sind Dinge, die einfach so passieren, die man aber auf dem Schirm haben sollte.

Konkrete Forderung an den Ausschuss: Ich möchte meine dringende Bitte an Sie noch mal erneuern. Gehen Sie in Ihre Fraktionen! Sorgen Sie dafür, dass das ganze Thema der Evaluierung des Seniorenmitwirkungsgesetzes zeitnah angepasst wird, nicht wieder auf die letzte Sekunde schieben, nicht wieder fünf Minuten aus Angst vor der nächsten Wahl noch schnell etwas verabschieden. Das führt immer zu Unstimmigkeiten und zu schwachen Stellen im Gesetz.

Die Frage nach den Preissteigerungen kann ich natürlich nicht beantworten. Klar hat es uns gestört, dass zunächst die Rentnerinnen und Rentner bei diesen ganzen Entlastungsbeiträgen ausgenommen waren, die Herr Lindner auf den Weg gebracht hat. Inzwischen ist aber auch in der Politik angekommen, dass das kein gutes Signal ist. Daran wird gearbeitet. Aber klar sind wir da nicht zufrieden.

Zu den 14 Kandidierenden in Spandau habe ich die Frage nicht mehr ganz drauf. – Ach so, da war der Punkt, dass es in Spandau mehr Kandidaten gab, die aber die Einsendefrist oder die Frist der Abgabe der Bewerbung verpasst hatten. Die kamen ein, zwei Tage später und waren damit aus dem Rennen. Das ist noch mal das, was ich vorhin auch sagte: Dieses extrem kurze Zeitfenster von 28 Tagen ist dem wohl so ein bisschen geschuldet.

Ist die Sache landesübergreifend? – Ja, natürlich. Es gibt einmal, im Gesetz auch vorgesehen, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen. Hier sind wir per Gesetz vertreten und haben natürlich zu den Seniorenvertretungen in Brandenburg, sozusagen die unmittelbaren Nachbarn, entsprechenden Kontakt. Man spricht sich ab. Best Practice usw. wird an der Stelle geübt.

Die Internetseite: Wie bekommen wir das Thema Internet ins Laufen? – Ja, ich muss zugeben, unsere Internetseite ist nicht wirklich professionell. Sie könnte besser sein. Aber, Eingangssatz von mir, Rentner haben nicht so viel Zeit. Wir brauchen auch hier professionelle Unterstützung. Wir haben zwar eine Geschäftsstelle mit zwei Halbtagskräften, die aber keine IT-Spezialisten sind. Wir würden uns also wünschen, hier ein bisschen professioneller zu werden. Wenn jemand von Ihnen vielleicht auch schon in Rentenalternähe ist und sagt: Mensch, ich möchte noch bisschen ehrenamtlich an der Stelle etwas machen, denn ich bin affin – gerne. – Ich habe soweit, glaube ich, alles, was auf meinem Zettel war. Du hast sicherlich auch noch das eine oder andere.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Herr Bender! – Frau Lämmer! Ich kann Ihnen leider nicht sagen: Nehmen Sie sich die Zeit für die Antworten, die Sie wollen, denn wir haben noch fünf weitere Tagesordnungspunkte vor uns. Das liegt aber nicht an Ihnen. Es sind auch unsere Fragestellungen mit einigen Redebeiträgen, die die Zeit etwas gesprengt haben. Versuchen Sie doch bitte, so kompakt wie möglich Ihre Antworten wiederzugeben, weil wir um 11.30 Uhr wegen der Lüftungsverhältnisse hier in die Pause gehen müssen, dass wir zumindest noch Tagesordnungspunkt 4 abhaken können. – Sie haben das Wort, Frau Lämmer! Nehmen Sie sich die Zeit, so kompakt wie möglich zu antworten.

Eveline Lämmer (Vorsitzende Landesseniorenbeirat Berlin – LSBB –): Danke, ich habe die Botschaft verstanden! – Ich bin trotzdem ganz angetan von dem Interesse in diesem Ausschuss. Es wird, glaube ich, auch deutlich, wie groß die Spannweite und die Vielfalt ist, wenn man über das Alter redet. Ich denke, wir sind uns sicherlich alle darin einig, Alter ist nicht defizitär. Wir müssen, das erleben wir selber, die Altersbilder offensichtlich ganz neu denken, denn die Menschen sind verschieden, das Alter ist auch verschieden. Die Einbeziehung der Älteren muss also spezifischer werden, bedarfsorientierter und altersgerecht. Das ist eine Riesenherausforderung. Die Wissenschaftler reden von der vierten Lebensphase. Das ist eine Altersspanne von 50 Jahren, und die ist für uns alle zu nutzen, und die sollten wir auch nutzen. Wir haben ein hohes Maß an Ehrenamt für die Seniorenpolitik. Die Frage war: Wie kann man diese Parallelstrukturen vielleicht dann doch ändern? – Wenn Sie die Evaluierung des

Seniorenmitwirkungsgesetzes gelesen haben, werden Sie fast am Ende einen Vorschlag finden. Da wird vorgeschlagen, ein Landesgremium, einen Berliner Landesseniorenrat zu konstituieren. In diesem Landesgremium würden dann auch die Bezirke eine besondere Stellung haben. Es wäre dann sozusagen ein Landesgremium. Das wird in der Evaluierung vorgeschlagen. Dann hätten wir ein ruhigeres Gewissen, dass die Engagierten nicht in Mehrfachfunktion unterwegs sind. Tatsächlich ist es so, der Landesseniorenbeirat hat zwar 25 Mitglieder, aber alle 25 haben noch eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter, die auch noch hinzuzuziehen sind. Dann gibt es auch noch Fachgruppen, und in den Fachgruppen sind dann auch noch fachlich versierte, kompetente Bürgerinnen und Bürger, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in den Fachgruppen mitarbeiten. Die Gruppe der Aktiven ist weitaus größer als nur die 25 Mitglieder.

Ich will noch etwas zur Briefwahl sagen: Wir haben uns darüber ausgetauscht. Die Briefwahl sollte verstärkt und auch beibehalten werden, nur sie muss, wie Erwin Bender schon betonte, viel mehr vereinfacht werden. Die 60-Jährigen haben einen Brief bekommen. Da steht drin: Es sind Wahlen, Sie können per Brief wählen. Wenn sie die Briefwahl wünschen, mussten alle dieses Formular ausfüllen: Ja, ich will die Briefwahl, in einen Briefumschlag stecken, den Briefumschlag selber flankieren und dann abschicken. Dann hat man irgendwann einen Brief bekommen, in dem dann steht: Sie können die Briefwahl machen, und erst dann sind die Unterlagen für die Briefwahl auszufüllen gewesen und wieder abzuschicken. Das ist einfach zu umständlich. Das muss noch mal überdacht werden.

Zur Arbeit des LSBB: Es ist vielleicht noch nicht so rübergekommen in der Zeit, es ist jetzt auch schlecht darstellbar, aber Stellungnahmen war die Frage. – Wir haben bei jedem Plenum, wir tagen alle zwei Monate, Stellungnahmen, Forderungskataloge, Anträge behandelt und beschlossen. Wir haben uns ausgiebig mit dem Mobilitätsgesetz befasst. Wir waren auch im Beirat des Mobilitätsgesetzes Mitglied. Wir haben uns über das FUSS-Gesetz verständigt. Wir haben zugearbeitet mit Forderungen zum Landesantidiskriminierungsgesetz, zum Wohnteilhabegesetz, also zu all diesen Dingen haben wir auch unsere Stellungnahmen abgegeben und Forderungskataloge bei den spezifischen Senatsverwaltungen eingereicht. Ich muss sagen, wir haben nicht immer, eigentlich eher selten, eine Antwort bekommen. Da ging uns dann manchmal auch die Puste aus, denn wir sind nun mal ehrenamtlich. Dann noch mal nachzufragen: Bekommen wir eine Antwort? Wie geht es weiter? Welche Stellung nehmen Sie zu unserem Schreiben? – ist einfach so kraftaufwendig. Da wünschen wir uns sehr, dass die Senatsverwaltungen in der Breite mitbekommen, dass es einen Landesseniorenbeirat gibt. Es ist zwar jetzt nicht gut, dass ich das so sage, aber es ist nun mal wahr. Es gibt Senatsverwaltungen, mit denen wir sehr eng zusammenarbeiten, und es gibt welche, die sich eher zurückhalten. Mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, die für uns zuständig ist, haben wir eine außerordentlich gute Zusammenarbeit. Was ich besonders benennen möchte, ist, wir arbeiten auch tatsächlich unabhängig. Wir haben auch das Gefühl, dass die Senatsverwaltung darauf achtet, sodass wir selbst agieren und entscheiden können. Wir haben unsere Internetseite Ü 60, über die wir eigenständig verfügen. Das sind positive Dinge, die ich hier unbedingt erwähnen wollte.

Dann haben wir zur Digitalisierung einen Forderungskatalog von 20 Forderungen an die Senatsverwaltung geschickt. Wir haben darauf bestanden, dass neben der Digitalisierung auch immer noch analoge Angebote vorhanden sein müssen. Aber auch hier ist Seniorenpolitik und Digitalisierung wieder vielfältig. Man kann überhaupt nicht sagen, dass die, die jetzt 60 sind,

sich damit auskennen. Nein, es gibt auch 80-Jährige, die sich sehr gut damit auskennen. Es gibt auch 90-Jährige, die sich eine E-Mail anschaffen und Englisch lernen. Das gibt es alles. Diese Differenzierung ist das, was Alter ausmacht. Das kann man nicht eingrenzen auf 60, 80 oder 100.

Angebote sind auch nicht einfach: Wir machen PC-Angebote. Das geht nicht mehr. Das war mal vor Jahren so. Jetzt machen die Begegnungsstätten nicht PC-Angebote, sie machen spezifische Angebote zur Nutzung von Tablets, Smartphones und digitalem Fernsehen. In dieser ganzen Vielfalt ist das zu betrachten, und da passiert auch ganz viel. Ich möchte auch nicht sagen, dass sich die Älteren der Digitalisierung nicht stellen. Ich würde sagen, sie stellen sich der Herausforderung auf ihre Art, mit ihren Möglichkeiten, und die Angebote haben dem auch Rechnung zu tragen. Vielfältig tun sie das auch. Es gibt viele Träger, die sich zu diesem Thema eingebracht haben.

Die Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat, Partizipationsbeirat ist bei uns auch nachweisbar. Mitglied im LSBB ist das kom-zen, das sich für die Belange der Senioren mit Migrationshintergrund einsetzt. Das kom-zen wird – das steht auch im Gesetz – nicht gewählt, also nicht vorgeschlagen aus dem LSBB, sondern es wird von der Senatsverwaltung berufen, gesetzt, weil wir wissen, dass wir immer noch ungenügend ältere Menschen mit Migrationshintergrund erreichen, und so hat das kom-zen eine ganz besondere Funktion im LSBB.

Zum Lockdown vielleicht abschließend: Da war das Thema der Einsamkeit bei den Älteren ein schwerwiegendes großes Thema. Wir hatten uns mit der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung in dieser Zeit sehr verbunden und haben gemeinsam auch Pressemitteilungen veröffentlicht – die Senatorin und wir. Wir haben Telefonketten in den Stadtteilzentren, in den Begegnungsstätten aufgebaut, um möglichst viele zuhause zu erreichen, die erstmal nur Telefon hatten. Es wurden später dann auch Telefon- und Videokonferenzen gemacht. Es ist nicht, dass es heißt, die können nur mit Telefon. – Nein, wirklich daran denken: Diese Spanne von 50 Jahren macht viel möglich und hat auch große Chancen, die wir alle gemeinsam gut nutzen können. – Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank, Frau Lämmer! – Frau Trăsnea, Sie haben das Wort!

Staatssekretärin Ana-Maria Trăsnea (SKzI): Sehr geehrte Gäste! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich glaube, entlang dieser Anhörung ist deutlich geworden, welche Breite an Themen auch im Ehrenamt im Rahmen des Engagements von Seniorinnen und Senioren stattfindet. Es geht natürlich um gleichwertige Lebensverhältnisse und Altern in Würde. Alle diese Beispiele wurden exemplarisch dargelegt, und ich glaube, das zeigt ganz eindeutig: Ja, es ist ein Kernanliegen auch der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, aber auch eine Querschnittsaufgabe für den gesamten Senat.

Ich möchte noch die Punkte beantworten, die an uns direkt adressiert worden sind, zum einen zur Frage der Standards. Sie hatten gefragt, Herr Freymark, wie sich die Situation darstellt. – Diese sind in den Bezirken tatsächlich sehr unterschiedlich. Der Senat hat sich vorgenommen, diese zu novellieren. Dazu stehen auch Gespräche an. Sie hatten auch explizit gefragt, wie wir mit der Wahlbeteiligung letztlich zufrieden sind und das einschätzen. – Es sind sehr viele Aussagen dazu getroffen worden, aber ich kann Ihnen sagen, fast 960 000 Berlinerinnen und

Berliner wurden persönlich per Post angeschrieben und über die Möglichkeit der Wahl informiert. Mit Blick auf die Briefwahl zeigt es sich deutlich, dass fast 84 Prozent, also die große Mehrheit, per Briefwahl daran teilgenommen hat. Ich glaube, das ist ein Punkt, wo man gut ansetzen kann.

Die Themen Sichtbarkeit, erhöhte Wahlbeteiligung, sind Punkte, die beim nächsten Mal noch mal angegangen werden müssen. Wir dürfen nicht vergessen, auch diese Wahl stand unter dem Risiko, dass Vorstellungsveranstaltungen coronabedingt nicht vor Ort hätten stattfinden können. Trotzdem wurden diese ermöglicht, wenn auch nicht gleich übergreifend in allen Bezirken. Dafür wurden aber Alternativen gefunden, nämlich diverse Veranstaltungsmöglichkeiten, eine Übertragung von Präsenzveranstaltungen via Livestream, Vorstellungsvideos auf der Webseite der Bezirke, YouTube, Videokonferenzen, Telefonsprechstunden, die Verteilung von Broschüren zur Briefwahl etc. Es wurde vonseiten der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales sehr viel unternommen, um die Zielgruppe möglichst zu erreichen. Wir sehen aber auch, dass es an dieser Stelle trotzdem noch Punkte gibt, die verbessert werden müssen.

Ich möchte noch mal auf die Internetseite, die Sie angesprochen haben, eingehen, und die Betreuung. – Ich kann an dieser Stelle zum einen natürlich auf die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit, und Soziales verweisen, um da über Verstetigendes zu sprechen. Auf der anderen Seite gibt es im Bereich Ehrenamt Engagement-Aktionstage von Unternehmen, die sich zum Beispiel in der Nachtschicht engagieren und sozusagen digitalisierende Module updaten und auch dort unterstützen. Auch die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt ist da eine sehr große Plattform, die unterschiedlichste Begleitformate auch im Bereich Digitalisierung anbietet. Das kann ich gerne noch mal mitgeben. – Ansonsten bitte ich an dieser Stelle meine Kollegin Moncayo zu dem Bereich Vielfalt etwas zu sagen und zu den ÖPNV-Tickets, die noch offengeblieben sind.

Vorsitzende Derya Çağlar: Frau Moncayo, Sie haben das Wort!

Mariana Rieck Moncayo (SenIAS): Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Frau Vorsitzende! Ich werde eine knappe Antwort geben, damit Sie noch den weiteren Tagesordnungspunkt vor der Pause schaffen. – Vielfalt in den Seniorenvertretungen war auch für die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales ein Thema. Wir haben verschiedene Flyer in Fremdsprachen herausgegeben. Wir haben einen animierten Erklärfilm herausgegeben, wo erklärt wird: Was macht überhaupt eine Seniorenvertretung? Warum benötigen wir sie? Darüber hinaus haben wir eine Zuwendung an das schon mehrfach genannte kom-zen gegeben. Das kom-zen hat Informationsveranstaltungen und Mentoring-Programme gemacht und noch mal eigene Infomaterialien herausgegeben und auch Beratungsgespräche für Personen mit Migrationshintergrund angeboten.

Darüber hinaus haben wir auch die Fachstelle LSBTI – Altern und Pflege – mit einer Zuwendung gefördert. Die Fachstelle hat versucht, vor allem die LSBTI-Community in Berlin zu erreichen. Da gab es Plakate, Flyer, aber auch Infoveranstaltungen und auch Beratungen. Wir haben da wirklich viel probiert. Wir hätten uns natürlich noch eine höhere Wahlbeteiligung insgesamt gewünscht, aber wir haben das gemacht, was mit den Haushaltsmitteln möglich war und haben darüber hinaus noch Infoveranstaltungen zum Beispiel mit der Integrationsbe-

auftragten gehabt. Da waren auch einige Medienvertreter dabei, damit wir über die anderen Medien da noch mehr aufmerksam machen können.

Zum ÖPNV-Ticket: Es gibt für die Seniorenvertretungen, weil sie Interessensvertretungen sind, keine Aufwandsentschädigung in dem Sinne wie bei dem Landesseniorenbeirat. Mir ist bekannt, dass einige Bezirke da auch kreative Lösungen gefunden haben, wie sie noch mehr die Seniorenvertretungen vor Ort vielleicht durch eine Sozialkommissionen unterstützen können, also da gibt es schon Mittel und Wege.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Frau Moncayo! – Danke, dass das so kompakt war, aber leider können wir trotzdem nicht in den nächsten Tagesordnungspunkt einsteigen, denn wir müssen jetzt in die Pause. – Herzlichen Dank! Frau Lämmer und Herr Bender für Ihr Engagement, dass Sie sich heute hier die ausführliche Zeit genommen haben. [Beifall] Ganz liebe Grüße an die Kolleginnen und Kollegen vor Ort in den Bezirken! – Wir müssen bitte alle den Raum verlassen.

[Lüftungspause von 11.27 bis 11.46 Uhr]

Vorsitzende Derya Çağlar: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir machen dann zügig in der Tagesordnung weiter. Ich weiß, wir sind noch nicht vollzählig hier, aber wir haben eine Anzuhörende, die schon lange auf uns gewartet hat und noch wartet. Von daher würde ich so langsam anfangen. Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**Informationsstand über die Neuordnung der
Medienstaatsverträge
(Berlin-Brandenburg und bundesweit)**

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion der FDP)

[0002](#)

EnBuMe

Die Begründung des Besprechungsbedarfs ist bereits in der 4. Sitzung erfolgt. In der letzten Sitzung war das Thema ebenfalls auf der Tagesordnung. Ich gehe davon aus, dass keine erneute Begründung gewünscht ist und würde direkt das Wort an Herrn Dr. Fischer übergeben, der uns zum Stand der Dinge berichten wird. – Vielen Dank!

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzI): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank für die Möglichkeit, hier einmal den aktuellen Stand zu den Staatsverträgen darzustellen. Wie Sie alle wissen, sind wir mit den Kolleginnen und Kollegen in Brandenburg in einem regen Austausch. Ich kann sagen, dass wir mit der ersten Entwurfsfassung sowohl des RBB-Staatsvertrags als auch des Medienstaatsvertrags in den allerletzten Zügen. Es ist eigentlich nur noch eine Frage offen, die auch verhindert hat, dass Sie jetzt schon die schriftlichen Unterlagen in Form einer Synopse bekommen haben. Das soll aber hoffentlich in der nächsten oder übernächsten Woche nachgeholt werden, wenn dieser eine, letzte Punkt auch noch geklärt ist.

Ich will Sie einmal kurz zum aktuellen Stand, worauf wir uns verständigt haben, mitnehmen. Es geht beim RBB-Staatsvertrag vor allem darum, zum einen den ein bisschen an die aktuellen Entwicklungen der Medienlandschaft anzupassen, Strukturen ein wenig zu verändern und den Auftrag klarer zu ziehen. Ich glaube, das sind die wesentlichen drei Elemente, denen wir hier nachgekommen sind.

Ich würde jetzt einfach mal die Punkte aufzählen, auf die wir uns bisher verständigt haben. Wir würden die Präambel dahingehend verändern, dass wir in Zukunft zum einen das Thema Nachhaltigkeit noch mal prominent in der Präambel platzieren, das auch als Bestandteil der Finanzordnung im RBB-Staatsvertrag ausführen würden; Nachhaltiges Wirtschaften wird also ein Thema für den RBB sein, noch mehr, als das bisher der Fall ist. Zum anderen wollen wir in der Präambel verankern, dass wir die Besetzung von Führungspositionen im RBB stärker an Diversität orientiert sehen, zum einen Personen mit Zuwanderungsgeschichte, aber ich will auch explizit sagen – das war der Wunsch der Kolleginnen und Kollegen aus Brandenburg –, dass wir auch verstärkt darauf achten, dass ostdeutsche Biografien dort auch vertreten sind. Ich glaube, das steht dem RBB am Ende gut zu Gesicht.

Insgesamt wollen wir, auch was den Auftrag angeht, den RBB noch stärker motivieren, unterschiedliche Aspekte des gesellschaftlichen Lebens abzubilden, ob das Menschen mit Migrationsgeschichte sind, insbesondere ethnische Minderheiten, wie Sinti und Roma, die Gleichstellung von Frauen und Männern dabei stärker zu berücksichtigen, Geschlechtsidentitäten und sexuelle Orientierungen dabei als Thema aufzunehmen und schließlich auch noch stärker in barrierefreie Angebote zu gehen. Das sind also, was den Auftrag angeht, die Determinanten.

Das zweite große Thema ist – das ist auch in der letzten Legislaturperiode schon mal thematisiert worden – der Bereich der Flexibilisierung der Angebote. Sie wissen alle, wir besprechen das auch zwischen den Ländern auf der Bundesebene. Ich würde nachher auch noch mal zwei Sätze dazu sagen. Wir müssen die Angebote, insbesondere die Hörfunkangebote beim RBB, natürlich auch in die digitale Welt überführen und einen guten Weg finden, wie wir einen Übergang verstärkt von linearen in digitale Angebote finden. Das ist immer ganz schwierig, weil natürlich viele Leute darauf angewiesen sind, dass es noch lineare Angebote gibt. Die wollen wir auch in weiten Teilen erhalten. Gleichzeitig müssen wir uns aber natürlich auch den Mediennutzungsgewohnheiten junger Menschen, aber auch älterer, digitalaffiner Menschen annehmen und die Angebote entsprechend ausbereiten. Wir haben uns jetzt darauf verständigt, dass wir ermöglichen wollen, dass der RBB in Zukunft drei seiner Hörfunkangebote in die Flexibilisierung gibt. Das sind zum einen radioeins, zum anderen Radio Fritz, zum Dritten der Gemeinschaftssender Cosmo. Ich will dabei auch deutlich machen, dass es dabei um die Ermöglichung geht. Am Ende entscheidet das der RBB-Rundfunkrat auf Vorschlag der Intendanz. Es ist nicht so, dass damit die Angebote überführt werden, wenn wir den Vertrag jetzt verabschieden, sondern eröffnet die Möglichkeit, das zu tun. Ich bin auch der Meinung, dass wir natürlich auch noch Diskussionen darüber führen müssen. Aber ohne diese Grundlage ist es auch nicht möglich, in eine Flexibilisierung zu gehen.

Dann kommen wir zum dritten Punkt, der wichtig ist. Das sind die Strukturen und Gremien. Sie haben in der letzten Legislaturperiode darüber gesprochen, wie der Rundfunkrat in Zukunft aussehen soll. Es ist immer eine schwierige Abwägung zwischen einer übermäßigen Vergrößerung und gleichzeitig dem Abbild unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen im Rundfunkrat. Unser Vorschlag hier lautet, dass wir den Rundfunkrat in Zukunft um drei Sitze erweitern. Wir werden zum einen Sitz für den Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen und dem Landesbehindertenbeirat Berlin und Brandenburg schaffen. Wir wollen einen Sitz für den Lesben- und Schwulenverband Deutschland, auch Berlin-Brandenburg, schaffen. Wir wollen einen dritten Sitz schaffen, das ist jetzt sozusagen das Neue, den wir durch das Berliner Abgeordnetenhaus und den Landtag von Brandenburg abwechselnd, also alternierend, besetzen lassen, indem Sie auch die Entscheidung im Wechselmodus zwischen Berlin und Brandenburg darüber bekommen, welche gesellschaftliche Gruppe Sie dort nominieren wollen und damit auch ein bisschen eine Veränderung im Rundfunkrat ermöglichen können. Im Ergebnis sind es drei neue Sitze für den RBB-Rundfunkrat.

Wichtiges Thema ist dann noch die Begrenzung von Amtszeiten. Das ist eine Debatte, die wir auch in vielen anderen Gremien haben unter dem Label „Versteinerung“. Es ist tatsächlich so, dass man darüber diskutieren muss, wie viele Amtsperioden Einzelpersonen in Räten sitzen sollen, insbesondere dann, wenn es, wie beim Rundfunkrat, schon auch darum geht, Innovationen auszulösen und immer wieder neue Diskussionsprozesse loszutreten. Wir haben uns darauf verständigt, dass wir in Zukunft sowohl für den Rundfunkrat als auch für den Verwaltungsrat maximale Amtsdauern von drei Amtszeiten ermöglichen wollen. Das sind in der

Summe zwölf Jahre. Das ist schon eine ganz schöne Zeit in einem solchen Gremium. Wir wollen aber auch niemanden vorschnell aus diesen Gremien, die jetzt schon drin sind, entfernen. Deswegen wollen wir eine Bestandsklausel einführen, sodass dies erst mit der nun eintretenden Amtszeit beginnt, sodass die dann auch noch einmal drei Amtszeiten hätten, um jetzt keine Diskussionen über Veränderungen während der laufenden Amtszeit zu bekommen.

Wir werden in Zukunft, das zählt auch zu der Rubrik Gremien, die Wahl der Intendantin bzw. Intendanten verklaren. Hier soll es in Zukunft eine Findungs- und Wahlkommission aus den Vorsitzenden des Rundfunkrats und seiner Ausschüsse wie des Verwaltungsrats geben. Das ist in der Vergangenheit nicht so klar gewesen. Hier wollen wir zu einer Verklärung kommen. Schließlich ein Thema, das auch viele bewegt, ist die Vertretung der festen Freien in den Gremien, insbesondere natürlich im Personalrat. Da haben wir durch die Änderung auf Bundesebene mit dem Personalvertretungsgesetz eine neue rechtliche Grundlage. Wir schlagen vor, in Zukunft auch die Freien im Personalrat vertreten lassen zu können, allerdings mit der Einschränkung, dass es hier Ausnahmen gibt für diejenigen festen Freien bzw. Freien, die maßgeblich an der Programmgestaltung beteiligt sind, die sich nicht an den Entscheidungen rund um Einstellungen und Kündigungen beteiligen können dürfen. Das Recht der Unabhängigkeit des Rundfunks muss dabei gewahrt bleiben.

Schließlich und letzter Punkt, ist das Thema Qualitätsmanagement. Hier werden wir auch im RBB Staatsvertrag vorschlagen, noch einmal zu verankern, dass es eine verstärkte Programm-analyse zur Berichterstattung aus den Regionen sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht geben soll und das sozusagen im Rahmen des Auftrags des RBB erfüllt werden soll.

Das ist sozusagen ein kurzer Parforceritt durch den RBB Staatsvertrag. Sie werden wahrscheinlich festgestellt haben, dass ein Thema fehlt. Das sind die Werbezeiten. Da sind wir aktuell, wie ich einleitend sagte, noch in der Diskussion.

Der zweite Staatsvertrag ist der Medienstaatsvertrag, der sich im Wesentlichen um die mabb dreht. Das alles ein bisschen kürzer und ich vermute, auch ein bisschen weniger umstritten. Ein großes Versprechen, dass wir in den Richtlinien der Regierungspolitik auch abgegeben haben, ist die Reduzierung des Vorwegabzuges. Den würden wir zum 1. Januar 2023 von 33 auf 27,5 Prozent reduzieren. Das hat zur Folge, dass wir damit die mabb finanziell stärken. Das sind ungefähr 600 000 Euro, die die mabb pro Jahr zusätzlich erhalten wird. Damit wirken wir den Herausforderungen, was das strukturelle Defizit der mabb angeht, entgegen. Wir würden auch für die mabb vorsehen, eine Begrenzung der Amtszeiten für den Medienrat herbeizuführen. Auch hier ist eine gleiche Regelung wie beim RBB vorgesehen, maximal drei Amtszeiten plus einer Bestandsschutzklausel, die für die aktuellen Medienratsmitglieder gelten soll.

Ansonsten gibt es noch zwei Kleinigkeiten, die für den mabb-Staatsvertrag gelten sollen. Zum einen würden wir eine Rundfunkzulassung für staatliche Stellen ermöglichen, sodass kulturelle Veranstaltung übertragen werden können, ohne dass diese vorher durch die mabb formal zugelassen werden müssten. Das Beispiel hierfür ist zum Beispiel, dass die Staatsoper ein Konzert streamt. Wenn das zu viele Zuschauer hätte, müsste die mabb hier zulassen. Das wollen wir vermeiden. Deswegen erklären wir das. Das gleiche gilt dafür, dass wir eine Bagatellgrenze für kleinere Sender bzw. Sendungen einführen würden. Wenn es unter 10 000 Hörern

oder Zuschauern liegt, die Rundfunkprogramme wahrnehmen, die nur landesweit senden, würden wir die auch von dem Erfordernis einer Zulassung durch die mabb ausnehmen. – Das sind die Veränderungen, die wir an diesem Staatsvertrag vornehmen wollen würden.

Ein allerletzter Punkt: Ich in der letzten Sitzung zugesagt, Sie auch zu informieren, wenn sich im Rahmen der Rundfunkkommission quasi auf Bundesebene etwas tut. Hier haben wir tatsächlich in der letzten Sitzung der Rundfunkkommission eine politische Vereinbarung zu der Debatte rund um Auftrag und Struktur des Öffentlich-Rechtlichen erreicht. Das führt dann am Ende zum dritten Medienänderungsstaatsvertrag. Das haben Sie vielleicht auch schon in den Medien – diejenigen, die das verfolgen – schon mitbekommen. Ein großes Thema hierbei war die Frage der Rolle der Unterhaltung im Auftrag des Öffentlich-Rechtlichen. Wir haben gesichert, dass auch in Zukunft Unterhaltung Teil des Auftrags des Öffentlich-Rechtlichen sein wird neben Kultur, Bildung, Information und Beratung. Wir haben aber gleichzeitig zugestimmt, dass diese Unterhaltung auch einen öffentlich-rechtlichen Markenkern haben, ein öffentlich-rechtliches Profil aufweisen muss und glauben, dass wir damit eigentlich eine gute Lösung gefunden haben.

Zum anderen haben wir auch hier die Flexibilisierungsdebatte. Hier wird es in Zukunft so sein, dass wir auch bei der ARD und dem ZDF den Umfang der Programmbeauftragung flexibilisieren.

Lediglich fest beauftragt bleiben in Zukunft das Erste, das ZDF, die Dritten, 3sat und ARTE. Alle anderen Sender werden in Zukunft in Form anderer Ausspielwege ermöglicht. Auch hier gleiches Verfahren: Es muss natürlich den Rundfunkräten vorgelegt werden, und dann ist es möglich, auf ein lineares Angebot zu verzichten.

Für die Mediatheken soll es neue Regelungen geben. Es soll möglich sein, in Zukunft nichteuropäische Spielfilme oder Serien in das Angebot aufzunehmen. Das ist bisher nicht der Fall gewesen. Hier gab es lizenzrechtliche Fragen, die zu klären waren. Schließlich soll es als Ausnahme möglich sein, in Zukunft in der Mediathek auch die europäischen Sendungen länger als 30 Tage zum Abruf anschauen zu können. Das hat sich beispielsweise im Zuge der Ukraineberichterstattung als notwendig erwiesen. Sie müssen reagieren können, wenn es Anlässe gibt, bei denen auch nach 30 Tagen ein Abruf erforderlich wäre.

Schließlich werden auch bei ARD und ZDF die Aufsichtsgremien gestärkt. Sie sollen mehr Verantwortung bekommen, insbesondere, was die Qualitätsstandards und das Kostencontrolling angeht. Das weitere Verfahren hierzu ist so, dass es im nächsten Schritt in Rechtsform gegossen, dann den Regierungen vorgelegt wird und im nächsten Schritt im Verfahren nach den Parlamentsbeschlüssen das Inkrafttreten im Frühjahr des kommenden Jahres erfolgen soll. – Jetzt schaut mich die Vorsitzende streng an. Ich komme zum Ende und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Herr Dr. Fischer! – Wir haben die unangenehme Situation, dass wir Frau Kohler schon so lange haben warten lassen und sie eigentlich 12.15 Uhr, wir auch alle, aber sie besonders, gehen muss. – Ich habe noch zwei Wortmeldungen von Herrn Förster und Herrn Schulz. Wir müssen den Tagesordnungspunkt sowieso vertagen, denn wir können ihn nicht beenden, weil es noch einen offenen Punkt gibt. Meine Anregung wäre, es wirklich ganz kurz zu machen. Wir haben ganz wenig Zeit für Frau Kohler. Das ist leider der längeren Anhörung eben geschuldet. Ich gebe Herrn Förster das Wort. Nur dass Sie das einmal gehört haben. Wir müssen ganz schnell fertig werden.

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Herr Staatssekretär! Ich mache es kurz. Ich würde zum einen für den Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll beantragen. Dann können wir das noch mal nachlesen, weil es sehr viele Informationen waren. Da kommt es auf jeden Halbsatz an, und jeder hat etwas anderes mitgeschrieben. Da ist es hilfreich, wenn wir das bei den drei Staatsverträgen noch mal nachlesen können.

Zum Ersten würde ich beim bundesweiten Staatsvertrag bitten, Herr Staatssekretär – es gibt wohl eine Art Protokollnotiz oder Memorandum der Ministerpräsidentenkonferenz –, dass wir den öffentlichen Teil davon bekommen, damit wir die Punkte nachlesen können. Ich glaube, da ist Licht und Schatten drin. Es gab eine relativ wohlwollende Reaktion von den privaten Rundfunkveranstaltern, eine etwas kritischere vom Bundesverband der Zeitungsverleger, aber um uns die Punkte angucken zu können, müssten wir sie gelesen haben. Das können wir gern vertiefend beim nächsten Mal machen. Ich bitte auch darum, uns die Vereinbarung der MPK zur Verfügung zu stellen.

Zu den beiden Berlin-Brandenburger Staatsverträgen: Ich glaube, der mabb-Staatsvertrag ist eher unkritisch. Die 600 000 Euro sind erst mal ein guter Anfang. Den zweiten Schritt ma-

chen wir spätestens nach der Landtagswahl in Brandenburg, reduzieren den Vorwegabzug weiter.

Zum Staatsoper-Stream, Rundfunk: Solange das kein Programmangebot beinhaltet, sondern eins zu eins eine Veranstaltungsaufführung ist, ist das kein Problem.

Beim RBB-Staatsvertrag wollte ich Ihr Angebot vom letzten Mal aufgreifen, als Sie gesagt haben, relativ bald eine gemeinsame Sitzung mit Brandenburg herbeizuführen. Einige Punkte, die Sie vorgetragen haben, sind Konsens. Bei einigen werden wir uns mit den Brandenburgern ins Benehmen setzen müssen, gerade beim Rundfunkrat, das Thema Berlin-Brandenburg, Mann/Frau, wo wir zum Teil durch starre Regelungen verhindern, dass zum Beispiel Frau auf Frau folgen kann, wenn auch ein Berlin-Brandenburg-Proporz beinhaltet werden muss. Das hatten wir hier auch schon mal thematisiert.

Zum Thema linearer versus digitaler Rundfunk: Wir hatten uns schon beim letzten Mal auf die Barrikaden gestellt, weil ein Programm ins Digitale verlegt werden soll. Jetzt sollen es drei sein. Ich glaube, da haben wir einen erheblichen Diskussionsbedarf, weil wir gerade in der Fläche nicht 5G an jeder Milchkanne haben, auch in Brandenburg nicht, und der öffentlich-rechtliche Rundfunk gerade beim Radio, siehe Katastrophenschutz, Stromausfall und Ähnliches, einen Grundversorgungsauftrag hat, der gern auch über DAB+ abgebildet werden kann statt UKW, aber nicht rein im Internet. Ich glaube, darüber waren wir uns damals hier einig.

Die herzliche Bitte, relativ bald den Termin mit Brandenburg anzuberaumen, denn auch das Thema Freienvertretung ist ein guter Schritt nach vorn. Ich hatte beim letzten Mal darauf verwiesen: Beim Saarländischen Rundfunk klappt es seit vielen Jahren reibungslos. Vielleicht findet man eine Formulierung, die man daran anlehnen kann.

Die Filmförderung ist ein Thema, wo der RBB bis jetzt anlasslos Filme zeigen kann, ohne Gegenleistungen zu erbringen. Das ist auch ein Thema, das wir mit Brandenburg besprechen wollten. Also die herzliche Bitte, relativ bald die Abstimmung mit Brandenburg auf unserer Ebene zu ermöglichen bzw. gegebenenfalls dazu einzuladen, damit wir das Thema parallel behandeln können und es nicht wieder auf Brandenburger Seite zu Missverständnissen kommt wie beim letzten Mal.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Herr Förster! – Herr Schulz hat jetzt das Wort.

Mathias Schulz (SPD): Ich versuche, es ganz kurz zu machen. Ich bedanke mich auch bei Herrn Staatssekretär Dr. Fischer für die Ausführungen, zu dem nahezu Endstand und dass schon so ein guter Zwischenstand erreicht werden konnte.

Ich will mich darauf beschränken, ergänzend zu Herrn Förster anzuregen, dass wir diese gemeinsame Sitzung mit dem Landtag Brandenburg machen und zeitnah eine gemeinsame Anhörung zu dem ganzen Themenkomplex durchführen. Ich würde mich darüber sehr freuen. – Den Rest der Anhörung würde ich mit Blick auf die Zeit vorbehalten.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Herr Schulz! Das finde ich eine gute Idee. – Herr Gläser!

Ronald Gläser (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Herr Staatssekretär, für Ihre Ausführungen! Ich hätte schon einiges dazu zu sagen. Ich verlasse mich jetzt auf das Wort der Vorsitzenden, dass wir den Tagesordnungspunkt noch mal aufrufen, dass er nur vertagt wird. Dann können wir zu einem späteren Zeitpunkt noch mal Fragen dazu stellen. – Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Herr Gläser! – Dann wäre dieser Tagesordnungspunkt bis zum nächsten Mal vertagt. Vielen Dank dafür!

Ich würde mich als Ausschussvorsitzende dazu ermächtigen, mit Ihrem Einverständnis den Tagesordnungspunkt 6 vor den Tagesordnungspunkt 5 zu ziehen, und den Top 5 dranzuhängen.

Wir wären jetzt bei

Punkt 6 der Tagesordnung (vorgezogen)

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**Die Berliner Stiftungswochen – aktuelle Entwicklungen
der Stiftungen in Berlin**

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0023](#)

EnBuMe

Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörende begrüße ich ganz herzlich Frau Karin Kohler, Finanzvorständin bei der Stiftung Zukunft Berlin. Ich weiß, dass Herr Engelniederhammer, der Geschäftsführer der Berliner Stiftungswoche, hier ist. – Herzlich willkommen! Vielleicht rücken Sie ein Stück auf, damit ich Sie sehen kann und Sie bei Bedarf gern das Wort ergreifen können. – Zur Begründung des Besprechungsbedarfs – Frau Dr. Kahlefeld!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank! – Angesichts der Zeit mache ich es nur ganz kurz. Die Stiftungen machen eine enorm wichtige Arbeit in Berlin. Wir freuen uns alle, dass es so viele Stiftungen in Berlin gibt, dass die Zahl zunimmt und der Stiftungstag sie sichtbar macht. Deswegen haben wir Sie eingeladen und freuen uns sehr. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Frau Dr. Kahlefeld! – Frau Kohler! Sie haben das Wort.

Karin Kohler (Stiftung Zukunft Berlin; Finanzvorständin): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Verehrte Abgeordnete! Ich danke vor allem den Sprecherinnen, Frau Wolff, Frau Dr. Kahlefeld und Frau Breitenbach, dass sie das Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben. Ich bin Karin Kohler. Ich bin Stiftungsvorstand bei der Stiftung Zukunft Berlin, und das schon seit über 15 Jahren. Das mache ich ehrenamtlich. Als ich in die Stiftung eingetreten bin, haben wir überlegt, das Projekt Stiftungsstadt zu gründen, um die Stiftungslandschaft in Berlin zu verbessern, denn so, wie die Stiftungslandschaft in Berlin heute dasteht, war es vor 15 Jahren oder 20 Jahren mitnichten gewesen. Berlin hat nach der Teilung viel aufzuholen gehabt, denn zu Westberliner Zeiten sind leider kaum Stiftungen gegründet worden.

Die Stiftung Zukunft Berlin ist mit dem Projekt „Europa eine Seele geben“ und dem „Berlin-Forum“ vielleicht vielen ein Begriff. Wir richten dieses Jahr im September den Demokratietag aus. Die Stiftungsstadt an sich, die ich geleitet habe und noch leite, hat sich überlegt, was man machen kann, um die Stiftungslandschaft in Berlin lebendiger zu gestalten. Es war vor 15 Jahren ein Aufbruch, dass es hier Hauptstadt war. Viele Stiftungen aus ganz Deutschland haben hier ihre Repräsentanzen eröffnet und Anschluss gesucht. Die haben wir gebündelt in der Berliner Stiftungsrunde zusammen mit dem Bundesverband Deutscher Stiftungen und Stiftung Zukunft Berlin. Wir waren die Initiatoren, und wir haben uns ein paar Mal getroffen und gefragt, wie wir die Stadt auf das Thema Stiftung heiß machen und sensibilisieren können. Da ist uns die Berliner Stiftungswoche eingefallen.

Die Berliner Stiftungswoche – ich sage extra „Woche“ und nicht „Wochen“, wir haben sie Woche genannt – ist zehn Tage lang und ist ein Schaufenster der Stiftungen in Berlin. Finanziert wurde das aus den großen Stiftungen. Wir sind völlig unabhängig und haben keine staatlichen Zuschüsse dafür erhalten. Wir haben das erste Mal 2010 die Stiftungswoche ausgerichtet, wie gesagt, ein Zeitraum von zehn Tagen. Sie dürfen sich das nicht vorstellen wie eine Messe oder eine Tagung, sondern es ist ein Zeitfenster von zehn Tagen, in denen teilnehmende Berliner Stiftungen, die sich für einen Teilnehmerbetrag von 250 Euro dort anmelden, eine Veranstaltung, die sie vielleicht ohnehin vorhatten, eine Ausstellung, eine Diskussion, in dieser Zeit stattfinden lassen können.

Zur Berliner Stiftungswoche selbst: In den ersten drei Jahren hat die Stiftung Zukunft Berlin diese Organisation gewuppt und für den Rahmen gesorgt. Es gab immer drei Rahmenveranstaltungen, eine Auftaktveranstaltung, eine Berliner Stiftungsrede in dieser Zeit und auch ein Panel, eine Diskussion, zum jeweiligen Schwerpunktthema, denn das war uns auch wichtig. Wir wollten uns nicht einfach so als Stiftungen präsentieren, sondern mit einem Schwerpunktthema. Die diesjährige Stiftungswoche hatte das Schwerpunktthema „Ganz schön persönlich“ und in 2021 war es beispielsweise „Eine Frage des Klimas“. Wir hatten aber auch schon Themen, die sehr viel Anklang gefunden haben wie „Die Würde des Menschen“ oder „Wem gehört die Stadt?“ bzw. „Vom Leben in der Stadt“. Hier ist ganz viel passiert. Wir haben regelmäßig über 100 Stiftungen aus der Stadt, die sich an dieser Stiftungswoche beteiligen. In dieser Zeit finden bis zu 150 Veranstaltungen statt.

Diese Veranstaltung ist dezentral und kann in einer Stiftung in Dahlem oder Pankow stattfinden oder eben auch an einem zentralen Ort wie in diesem Jahr in einem Theater, wo wir die Auftaktveranstaltung und die Stiftungsrede hatten. Wir hatten am Anfang Christina Rau als Schirmherrin. Im Moment ist Daniela Schadt unsere Schirmherrin. Wir sind ein Schaufenster der Stiftungen für die Öffentlichkeit, ein Forum der Begegnungen und auch eine wichtige Stimme der Zivilgesellschaft.

Ganz besonders hervorzuheben ist diese Kooperation der großen und kleinen Stiftungen, die stattfindet, denn das ist nicht selbstverständlich, denn eine große Stiftung, die sonst vielleicht in Gütersloh, München, Hamburg, Düsseldorf oder Bonn ihren Sitz hat, macht hier eine schöne Repräsentanz auf und herrscht hier. Dass sie es mitfinanzieren, dass kleine Stiftungen sich eben auch vorstellen können und eine Öffentlichkeit und eine Bühne haben, ist das ganz Besondere an diesem Projekt. Diese Berliner Stiftungswoche ist nicht zu verwechseln mit dem Berliner Stiftungstag. Den Berliner Stiftungstag richtet, ich glaube, seit 2000 das Rote Rathaus aus. Ich habe den ersten persönlich miterlebt. Das hat sich eher zu einer Konferenz ent-

wickelt, ein Konferenzformat im Berliner Rathaus jedes Jahr, während die Stiftungswoche tatsächlich nach draußen geht. Es gibt aber eine schöne Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Formaten, aber man muss unterscheiden: Das eine macht der Senat, und das andere machen die Stiftungen. Wir haben zum Beispiel eine schöne Kooperation im April jedes Jahr. Wenn wir das machen, findet der Neustifterempfang der Berliner Stiftungen hier statt.

Was hat unsere Arbeit denn bisher schon bewirkt? – Man kann ganz deutlich sagen, dass sie bewirkt hat, dass die Stiftungslandschaft in Berlin positiver geworden ist. Es gab viele Gespräche aus unserem Lenkungsreis heraus nicht nur mit der Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement, denn als wir angefangen haben, gab es so etwas, ehrlich gesagt, noch gar nicht. Es gab ab 2011 Frau Dunger-Löper und später Frau Chebli, aber es wir angefangen haben, gab es das im Roten Rathaus noch nicht. Vielleicht ist das ein Anstoß dafür gewesen. Heute gibt es solche Dinge wie eine Engagementstrategie, wo wir sehr gut reinpassen.

Was haben wir bewirkt? – Es gibt jetzt 1 040 Stiftungen in Berlin. Wenn man das mal bundesweit einordnet, kann man sagen: Na gut, Hamburg hat 1 464 Stiftungen und München 1 077. Davon sind wir natürlich noch ein bisschen entfernt, aber hier werden stabil jedes Jahr zwischen 30 und 40 Stiftungen neu gegründet. Die Stiftungsaufsichtsbehörde, seit anderthalb Jahren mit neuer Leitung, ist engagiert und sogenannte One-Stop-Agency. Das heißt, wenn jemand dort eine Anerkennung beantragt, dann wird es in Zusammenarbeit mit dem Finanzamt für Körperschaften geregelt, dass diese Anerkennung zügig erfolgen kann. Man traut sich und will Stiftungen in Berlin gründen, und wir sind attraktiver geworden für Stiftungen, die zwar ihr Geld nicht in Berlin erwirtschaften, aber das Geld für Projekte in Berlin ausgeben. Das gehört auch dazu. Diese lebendige Stiftungslandschaft gehört bestimmt dazu, dass es die Berliner Stiftungswoche gibt. Davon bin ich ganz überzeugt.

In meinem Hauptleben bin ich Stiftungsberaterin bei einer Privatbank, der Weberbank hier in Berlin, und betreue seit 20 Jahren Stiftungen in der Gründung und in der Kapitalanlage und weiß genau um die Nöte der Stiftungen. Vor uns steht, dass viele Vorstandsmitglieder von Stiftungen ein sehr hohes Alter erreicht haben, zum Teil 75, 80 Jahre. Manche versuchen, in ihren Satzungen extra den Passus streichen zu lassen, dass man nicht länger als mit 75 Jahren Stiftungsvorstand sein kann, um noch ein bisschen weitermachen zu können, weil sie niemanden finden, der ihr Amt ehrenamtlich fortsetzt. Bei über 1 000 Stiftungen in Berlin braucht es viele engagierte Stiftungsvorstände. Man wird sehen, wie die Stiftungsrechtsreform mit dem Stiftungsregister darauf Einfluss nehmen wird, was ab 2026 Pflicht sein wird. – Gern beantworte ich noch Ihre Fragen.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Frau Kohler! – Bevor ich der Staatssekretärin das Wort gebe: Ich gehe davon aus, dass auch hierzu ein Wortprotokoll gewünscht ist. Das habe ich eben vergessen zu fragen. – Ich sehe Nicken. – Dann haben Sie das Wort, Frau Trăsnea.

Staatssekretärin Ana-Maria Trăsnea (SKzl): Vielen Dank, Frau Kohler, für Ihre Ausführungen! An dieser Stelle möchte ich mich sehr herzlich für die Zusammenarbeit mit der Berliner Stiftungswoche bedanken. Herr Engelniederhammer und die Sprecherin, Frau Haverbeck, und ich hatten schon Gespräche miteinander. Es ist schön, Sie an dieser Stelle als Vertreter der Stiftung Zukunft kennenzulernen.

Sie beschreiben, dass es in der Stadt ein ungebrochenes Interesse an Stiftungen gibt. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit darauf richten, verehrte Abgeordnete: Wenn wir uns zum Stichtag 1. Januar 1991 anschauen, mit wie vielen Stiftungen wir gestartet sind: Das waren 241 Stiftungen. Bei inzwischen 1 040 Stiftungen ist ein ordentlicher Aufwuchs zu sehen. Wir wissen, dass diese Art des Ehrenamts eine wichtige Säule der Zivilgesellschaft ist. Insofern bedanke ich mich herzlich bei den Sprecherinnen und Sprechern, die dieses Thema auf die Agenda gesetzt haben.

Sie haben es genannt: Ja, es ist richtig! Die Berliner Stiftungswoche ist eine Initiative von Ihnen, aber wir arbeiten schon seit vielen Jahren sehr gut miteinander zusammenarbeiten und organisieren im Rahmen der Berliner Stiftungswoche immer unseren Neustifterempfang, um neben der Vernetzung, die Sie als Plattform anbieten, das Engagement von so vielen Berlinerinnen und Berlinern zu würdigen. Auch in diesem Jahr sind bisher 22 neue Stiftungen durch die Senatsverwaltung für Justiz anerkannt worden. Wir haben an dieser Stelle weitere Möglichkeiten, um dieses Engagement sichtbar zu machen.

Ich möchte Ihnen hierzu einen Einblick geben: Wir haben das Berliner Stiftungsverzeichnis. Das finden Sie auf der Webseite der Senatsverwaltung für Justiz und auch auf der Seite der Senatskanzlei „bürgeraktiv“. Sie werden dem entnehmen können, wie vielfältig dieses Engagement mit zwölf verschiedenen Zweckrichtungen ist, sei es Jungen-, Alten- und Familienhilfe, Wohlfahrtswesen, Gesundheitswesen, Behindertenhilfe, Sport, Erziehung, Volks- und Berufsbildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur, Denkmalschutz, Religion, Natur- und Umweltschutz und sonstige gemeinnützige Zwecke, Unterstützung durch die Familienstiftung und vieles mehr. Da gibt es eine unheimliche Bandbreite. Wir unterstützen das als Senatskanzlei und auch als Senat, indem wir zum einen neben dem Neustifterempfang zu Beginn des Jahres im April den Berliner Stiftungstag machen.

Frau Kohler! Sie haben gesagt, dass es in diesem Jahr zum 13. Mal stattfinden wird. Auch hier geht es letztlich um eine Anerkennung dieses Engagements. Es geht um ein Forum der Begegnung, um einen fachlichen Austausch und natürlich um Vernetzung. Wir können sehr froh sein und Ihnen an dieser Stelle nur für Ihr Engagement danken.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Schulz.

Mathias Schulz (SPD): Vielen Dank auch von mir, Frau Kohler, für die Ausführungen! Ich habe zwei Fragen, und zwar einmal zum Verhältnis der Anzahl der öffentlichen Stiftungen und der privatrechtlichen Stiftungen im Land Berlin und zum anderen, wie Sie die Auswirkungen der Reform des Stiftungsrechts auf die Arbeit der Stiftungen bewerten.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Förster und dann Frau Dr. Kahlefeld!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank auch von mir! Ich hätte auch zwei Fragen. Die eine bezieht sich generell auf die Ertragssituation der Stiftungen. Es ist immer das Problem, dass man in vergangenen Jahrzehnten darauf gesetzt hat, dass man durch eine gute Verzinsung und die gute Anlage von Geld von den Stiftungserträgen, vom Stiftungskapital leben kann. Das ist seit einigen Jahren leider anders. Mittlerweile, wo es schon Minuszinsen bei den Banken gibt, ist es ein Problem, weil nicht nur keine Zinsen erwirtschaftet werden, sondern weil auch zunehmend das Stiftungskapital aufgefressen wird. Vielleicht können Sie mit Ihrer Expertise ein-

ordnen, wie das ist und ob es wirklich eine Lösung ist, mehr zu Spenden für die Stiftungen aufzurufen, weil sie über Spenden auch entsprechende Projekte finanzieren können. Ist das eine Lösung? Das Spendengeld müsste aber zeitnah ausgegeben werden, denn sonst hat man wieder das Problem, dass es möglicherweise bei Minuszinsen liegt.

Die zweite Frage ist: Wie ordnen Sie Berlin im Vergleich mit anderen Städten dieser Größenordnung ein, wahrscheinlich eher international? Sie haben eine sehr ausgeprägte Stiftungslandschaft. Es gibt andere große Städte, die uns da etwas voraus haben. Das interessiert mich, weil ich es nicht einschätzen kann. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Frau Dr. Kahlefeld! Sie haben das Wort.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich stelle nur eine Frage, weil ich mich gerade enorm unter Druck fühle, damit es hier nicht zu lange dauert, die moralische Verpflichtung. Ich bitte Sie, das nicht als Missachtung zu sehen. Ich hätte sonst eine ganze Menge zu fragen gehabt. Nur eine Sache: Berlin ist nun keine sehr reiche Stadt, und wir wissen, dass Stiftungen oft daraus entstehen, dass Leute ihr Geld angesammelt haben und damit auf Dauer etwas Besseres machen wollen, als ihren verwöhnten Nachwuchs zu versorgen oder sie haben gar keinen. Es ist schön, dass man mit einer Stiftung einen Stiftungszweck festschreiben kann, der über den eigenen Tod hinaus gilt. Das ist oft eine Motivation. Meine Frage richtet sich aber darauf: Wie viele Bürgerstiftungen gibt es eigentlich in Berlin? Ich finde, das ist eine sehr angemessene Stiftungsform für unsere Stadt.

Vorsitzende Derya Çağlar: Das war die letzte Wortmeldung. – Frau Kohler! Sie haben das Wort für die Beantwortung.

Karin Kohler (Stiftung Zukunft Berlin; Finanzvorständin): Zum Verhältnis von öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Stiftungen: Da ist es auf jeden Fall so, dass die privatrechtlichen ganz deutlich überwiegen. Ich würde vielleicht sagen, 90/10, ohne dass ich mich konkret auf diese Frage vorbereitet habe. Es gibt natürlich einige, die vom Bundestag durch diese Initiative entstehen. Da ist zum Beispiel die KENFO-Stiftung, die den Ausstieg aus der Kernenergie bezahlen soll. Das ist im Moment die größte Stiftung in Berlin, eine öffentlich-rechtliche, aber die privatrechtlichen überwiegen ganz deutlich. Das ist Engagement von Berlinern, wie es Frau Dr. Kahlefeld gerade gesagt hat, die der Stadt etwas zurückgeben wollen, die sich bewusst dafür entscheiden, in Berlin zu gründen, obwohl es tatsächlich Zeiten gegeben hat, wo man gesagt hat: Ich gründe lieber in Potsdam. In Berlin ist das alles so bürokratisch und umständlich. – Diese Phase hat es tatsächlich auch gegeben. Ich würde mal sagen, 90/10, aber nicht zu vergessen sind die ganzen nicht rechtsfähigen Stiftungen, die es auch gibt, die bei diesen 1 040 nicht mitgezählt sind.

Zur Reform ist zu sagen: Die Reform ist über zehn Jahre lang vom Bundesverband Deutscher Stiftungen mit vorbereitet worden und ist noch in der letzten Legislaturperiode verabschiedet worden. Dadurch wird es einen deutlichen Einschub im Bürgerlichen Gesetzbuch geben. Bislang war die Stiftung dort nur im § 80 geregelt, dass es die Stiftung gibt. Jetzt werden ganz viele a, b, c, d, e eingeführt. Damit ist die Aussage, Stiftungsrecht ist Landesrecht ein bisschen abgeschwächt, denn alle Stiftungsgesetze der Länder müssen jetzt angepasst werden. Brandenburg hat seinen Entwurf schon vorgelegt. Berlin ist gerade noch mittendrin, wie mir Frau Dr. Nickel, die Stiftungsaufsichtsbehördenleiterin, letzte Woche gesagt hat.

Bei der Reform ist es vor allem so, und da kann ich zur Frage nach der Ertragssituation überleiten, dass es im neuen § 83c BGB in Abs. 1 die Regelung geben wird, dass Stiftungen künftig ihre Erträge, die sie aus Kapitalumschichtungen erwirtschaften, für den Stiftungszweck ausgeben dürfen. Das war bislang nicht der Fall gewesen oder in einzelnen Stiftungslandsgesetzen erlaubt. Jetzt wird es Bundesrecht. Der Rat an die Stiftungen: In den letzten zehn, fünfzehn Jahren hat es immer mehr zugenommen, dass man sein Kapital –– Wer Immobilien hatte, war natürlich gut dran, aber wer nur liquides Kapital hatte und es am Anfang vielleicht nur mündelsicher in festverzinslichen Papieren angelegt hat, der ist dann dazu übergegangen, eine Aktienquote mit aufzunehmen. Das fing mit 30 Prozent an und ist nun bei vielen Stiftungen nahezu bei 40 Prozent, 50 Prozent angekommen, um durch die Dividenden die mangelnden Zinsen aufzufangen. Das hat genutzt. Natürlich sind auch viele dazu übergegangen, noch Spenden zu sammeln. Man muss sich auch überlegen: 70 Prozent aller Stiftungen in Deutschland haben ein Stiftungskapital von 1 Million Euro oder weniger. Bei einem Zins von 1 Prozent im Jahr kann man daraus 10 000 Euro erwirtschaften und muss dann auch noch die Bank bezahlen, den Steuerberater o. Ä. Insofern ist die Idee, Spenden zu sammeln, auf jeden Fall notwendig. Bei der klassischen Stiftung, die vom Gutmenschen gegründet wurde mit Stiftungsmotiven, eine bestimmte Krankheit zu erforschen oder etwas für das Tierwohl zu tun, und der Stifter ist dann verstorben, und es wird sich dann relativ lieblos darum gekümmert, bleibt da nicht so viel.

Da ist jetzt durch diese Reform tatsächlich eine neue Möglichkeit gegeben. Die Reform gibt auch die Möglichkeit der leichteren Zulegung und Zusammenlegung. Ich hoffe, dass das von Stiftungen dann auch genutzt wird, wenngleich viele ihre Stiftung auch aus Eitelkeit gegründet haben, um ihre Namen zu verewigen. Ich weiß nicht, ob es dann zu Zulegungen kommen wird mit vielen Doppelnamen-Stiftungen. Das wird man sehen. Was ich sehr begrüße bei der Stiftungsrechts Reform, ist, dass es ein bundesweites Stiftungsregister geben wird. Stiftungen wurden natürlich auch mit Bürokratie und Richtlinienanforderungen überhäuft in den letzten Jahren, sei es von Finanzseite mit der Leihregistrierung oder sei es mit dem Transparenzregister und ähnlichen Dingen. Da wird das Stiftungsregister natürlich für viele auch noch mal eine Umstellung. Ich kann nur anregen, dass die Stiftungsaufsichtsbehörden ihre Daten, die sie haben, in das Stiftungsregister schon mal einpflegen, denn wenn man darauf wartet, bis die Stiftungsvorstände die Informationen an das Stiftungsregister geben, wird es ewig dauern.

Noch mal zur Stadt Berlin: Die Stiftungsdichte in Berlin pro 100 000 Einwohner liegt bei 28. Das hat sich gesteigert. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 30. Es gibt kleinere Städte in Deutschland wie zum Beispiel Würzburg, Frankfurt oder Lübeck, da ist die Stiftungsdichte auf 100 000 Einwohner bei über 100, in Würzburg zum Beispiel 104, in Frankfurt 85. Absoluter Spitzenreiter ist Darmstadt. Da gibt es 232 Stiftungen auf 100 000 Einwohner. Das ist eine Besonderheit. In Bremen gibt es zum Beispiel 50 und in Berlin eben 28. Wir erreichen bald den Bundesdurchschnitt. Wir hatten letztes Jahr ein Wachstum von 2,8 Prozent. Bundesweit liegt das Wachstum bei 3,2 Prozent. Es ist längst nicht mehr so, dass wir uns verstecken müssen. Die Berliner Stiftungswoche wurde zum Beispiel auch kopiert. In München wurde der Berliner Stiftungsfrühling eingeführt. In Hamburg gibt es die Berliner Stiftungstage. Das ist aber alles nicht so nachhaltig und kontinuierlich wie wir es durchhalten seit 2010, dass wir das wirklich jedes Jahr machen. Wir haben auch in der Pandemie durchgehalten und hybride Stiftungstage angeboten. Ist damit Ihre Frage zu den Reichenstiftungen beantwortet?

Die Bürgerstiftungen sind auch so ein Thema. Ich hatte schon vor fast 20 Jahren bei Herrn Walter bei einem Gespräch angeregt, dass, wenn Bezirke Geld werben, das kommt durchaus mal vor, dass jemand verstirbt und hat kein Testament gemacht, dann fließt das Geld an den Bezirk, diese Gelder in eine große Bürgerstiftung Berlin einfließen und nicht irgendwo im Haushalt versacken. Diese Idee ist nie fortgesetzt worden. Es wurde 2000 die Bürgerstiftung Berlin gegründet, die viel für die Stadt tut, die aber auch eine arme Stiftung ist, wenn man das mit der Bürgerstiftung Frankfurt oder Hamburg vergleicht, die dann viele Zustiftungen bekommt. Das ist bei der Bürgerstiftung Berlin noch eher verhalten. Es gibt in den Bezirken natürlich Bürgerstiftungen, die sehr engagiert sind, zum Beispiel die Bürgerstiftung Köpenick, die Bürgerstiftung Steglitz, die Bürgerstiftung Neukölln. Ich will mich jetzt nicht genau festlegen, aber es gibt fünf Bezirksbürgerstiftungen und natürlich die Bürgerstiftung Berlin. So ist ungefähr die Landschaft. Diese Überlegung, Erbschaften, die das Land oder die Bezirke machen, in solche Kanäle zu steuern, diesen Vorschlag möchte ich noch mal unterstreichen.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Frau Kohler! – Ich habe von Herrn Engelniederhammer immer Nicken gesehen. Haben Sie noch etwas, was Sie uns mitgeben wollen, weil Sie auch schon so lange warten? – Kommen Sie kurz zum Mikro vor, bitte!

Stefan Engelniederhammer (Geschäftsführer der Berliner Stiftungswoche): Herzlichen Dank für die Gelegenheit, hier so etwas wie ein qualifiziertes Schlusswort zu sprechen! – Wenn die Zeit nicht so weit fortgeschritten wäre, könnten wir zum nächsten Tagesordnungs-

punkt kommen, und ich würde Ihnen erzählen, was wir für das nächste Jahr schon alles geplant haben. Ich schlage vor, wir vertagen das vielleicht, entweder wieder in dieser Runde oder in bilateralen Gesprächen. Wir erzählen Ihnen einfach bei Gelegenheit, was im April 2023 auf dem Programm steht. Ansonsten kann ich mich nur meiner Kollegin Karin Kohler anschließen. Ich hätte die Zahlen so nicht parat gehabt und vor allem auch das Bankwissen, was sie hat einfließen lassen, hätte ich so auch nicht beisteuern können. – Noch mal vielen Dank für die Gelegenheit, dass die Stiftungswoche sich heute hier hat vorstellen dürfen. – Danke schön!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank dafür! – Wir haben bis nächstes Jahr noch ein bisschen Zeit. Ich denke, das können wir uns auch noch in der laufenden Zeit hier im Ausschuss anhören. – Vielen Dank, dass Sie da waren! Vielen Dank, Frau Kohler, dass Sie so lange gewartet haben! Ich entschuldige mich nochmals und danke Ihnen für die Anwesenheit und für Ihre Beiträge und Ihr Engagement für die Stadt. – [Beifall] –

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Umsetzung der Engagementstrategie: Bereitstellung
und Mehrfachnutzung landeseigener Räume**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0007](#)
EnBuMe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 23. Februar 2022

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Engagementkoordination in der Arbeit mit den
Geflüchteten aus der Ukraine**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0021](#)
EnBuMe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 6. April 2022

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.